Die Jahre 1881—1882 in der Geschichte der russischen Juden

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde, genehmigt von der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin von

Mina Goldberg

aus Kaunas-Litauen

Tag der mündlichen Prüfung: 30. November 1933

Tag der Promotion: 27. Juli 1934

Druck: Paul Brandel, Berlin N 24

453

Referenten: Prof. Dr. Karl Stählin
Prof. Dr. Otto Hoetzsch

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Mit Zustimmung der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin erscheint nur ein Teildruck.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Einleitung 4

I. Kapitel: Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ursachen der Pogromausbrüche gegen die Juden im Jahre 1881 im Südwesten Rußlands 8

1. Die Juden in Rußland bis zum Ausgang der Regierungszeit Alexanders II. (Auszug) 8
2. Das Verhältnis zwischen der jüdischen und christlichen Dorfbevölkerung bis zum Ausbruch der Pogrome 10
3. Die Einwirkungen des neuen politischen Kurses unter Alexander III. auf die jüdische Frage 13
4. Der Einfluß der zerrütteten Bauernlage im Jahre 1881 auf den Ausbruch der Pogrome und die psychologische Wirkung der Agitation auf die Bauernschaft 18

II. Kapitel: Der Verlauf der Pogrome, ihr Charakter und ihre Begleiterscheinungen 23

A. Die erste Periode der Pogrome, vom 15. April bis 10. Mai 1881; die Pogrome in den Gouvernements Cherson, Kiev, Ekaterinoslav, Podolien, Volynien und Taurien 23

B. Das Militärgericht von Kiev und die zweite Pogromperiode; die Pogrome in den Gouvernements Poltava, Černigov, in der Stadt Varschau und Balta (Podolien) von Ende Juni 1881 bis April 1882 (Auszug) 33

Tabelle I 40

Tabelle II 41

III. Kapitel: Die endgültigen Ergebnisse der amtlichen Pogromuntersuchungen und der Erlaß der s. g. „Ignatevšen, provisorischen Reglements" vom 3. Mai 1881 42

A. Die amtliche Pogromuntersuchung:

1. Die Beteiligung der revolutionären Partei an den Pogromen von 1881 42
2. Die „Ausbeutung der Bevölkerung durch die Juden" als eigentliche Ursache der Ausbrüche der Pogrome und der Erlaß der Reglements zur Beseitigung dieser Ausbeutung . . 44

B. Der Erlaß der Reglements vom 3. Mai 1881 45

1. Vorschläge zur Regelung der jüdischen Frage: Die Ortskommissionen, ihr Charakter und ihre Beschlüsse 45
2. Der Erlaß der Reglements und die Ernennung des Grafen Tolstoj zum Innenminister 48

IV. Kapitel: Die Folgen der Pogrome (Auszug) 51

A. Die Emigration der Juden nach Amerika und die Stellung der russischen Regierung, wie auch der jüdischen Öffentlichkeit zu dieser Erscheinung 51

B. Der Umschwung in der Ideologie der russischen Juden und das Entstehen der zionistischen Bewegung 53

Quellen 55

Zeitschriften (mit Abkürzungen) 55

Literatur (Bücherverzeichnis) 58

Einleitung.

Das Jahr 1881—1882 war für die jüdische Bevölkerung Rußlands von ausschlaggebender Bedeutung, weil der neue politische Kurs, der mit der Thronbesteigung Alexanders III. in Rußland einsetzte, sich unmittelbar im Leben der russischen Juden auswirkte. Während man in der Zeit Alexanders II. Ansätze machte, die jüdische Frage — seit jeher eine der umstrittensten innerpolitischen Fragen Rußlands — zu lösen und zur Aufhebung der für die Juden bestehenden Ausnahmegesetze schritt, trat im Jahre 1881 eine neue Wendung zuungunsten der Juden ein. Eröffnet wurde das Jahr durch eine Reihe gegen die Juden gerichteter Pogrome in den südwestlichen Gouvernements Rußlands.

Die genauere Prüfung der Quellen, vornehmlich der amtlichen Pogromberichte und Beurteilungen der Pogrome durch die betreffenden Gouverneure, hat ergeben, daß die Pogromerscheinung von 1881 ein Resultat aus vielen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Komponenten darstellt, und daß sie nur in Verbindung mit der allgemeinen Entwicklung des Landes zu betrachten ist. Um das Zusammenwirken der verschiedenen Motive klar herauszustellen, muß als erstes ein kurzer Überblick über die Entwicklung der rechtlichen Lage der Juden in Rußland und über das Entstehen eines gegen sie gerichteten Ausnahmezustandes gegeben werden. Ferner hat es sich als unbedingt nötig erwiesen, die soziale und wirtschaftliche Lage der jüdischen Bevölkerung, wie auch die Lage der Dorfbevölkerung, die die Pogrome ausführte, zu erörtern. Da die Pogrome den Erlaß der die Rechte der Juden einschränkenden Gesetze zur Folge hatten, wird in diesem Zusammenhange auch näher auf das Zustandekommen dieser Gesetzgebung eingegangen. Diese Untersuchung hat folglich die Entwicklung von dem bis dahin fast unbekanntem Auftreten der Pogrome nebst ihren Auswirkungen bis zum Erlaß der sogenannten „Ignatevschen, provisorischen Reglements vom 3. Mai 1882 zu verfolgen. Die Reglements sind insofern von großer Bedeutung, als sie den Ausgangspunkt für eine einschränkende Gesetzgebung bildeten und ihre Gültigkeit, abgesehen von kleineren Konzessionen in den Jahren 1905, bis zum Weltkriege behielten.

Außer der wirtschaftlichen und rechtlichen Auswirkungen, die die Pogrome auf das Leben der russischen Juden ausübten, wird in dieser Untersuchung auch auf die Bedeutung, die die Pogrome im geistigen Leben des russischen Judentums hinterließen, eingegangen. Das Entstehen des Zionismus, der die Errichtung natio-

naler Heimstätten für das jüdische Volk erstrebt, war eine direkte Folge der Judenpogrome in Rußland.

Dies sind in kurzen Umrissen die Ursachen und Folge der Judenverfolgungen in dem Südwesten Rußlands in den 80er Jahren der 19. Jahrhunderts.

Speziell über die Pogrome vom Jahre 1881 ist noch nicht viel gearbeitet worden. Die einzige zusammenfassende Darstellung (abgesehen von der Schilderung dieser Epoche in großen Zügen bei Simon Dubnov „Weltgeschichte des jüdischen Volkes", Bd. X) ist ein Aufsatz von L i n d e n : „Prototyp des Pogroms in den 80er Jahren (als Parallele)", erschienen 1910 im Sammelwerk: „Die Judenpogrome in Rußland", herausgegeben im Auftrage des zionistischen Hilfsfonds, Köln-Leipzig 1909—10, I. Dieser Aufsatz, der sich in der Hauptsache auf die zeitgenössische Presse der Jahre 1881—82 stützt (die Materialien-Akten aus dem Polizeidepartement und Denkschriften der Behörden sind erst im Jahre 1921, nach dem Sturz der zaristischen Macht, der Öffentlichkeit zugänglich geworden), ist mehr publizistischer Natur. Im Hinblick zugleich auf die zweite Periode der Pogrome in Rußland in den Jahren 1903 bis 1905 beschäftigt sich der Aufsatz in der Hauptsache mit dem Verlauf der Ereignisse und mit dem Vergleich der Methoden bei den Plünderungen in den beiden Pogromperioden. Es wird auch an Hand von Vermutungen untersucht, wie sich die Regierung zu den Pogromen verhielt, ob sie die Pogrome organisiert und beeinflußt hatte. Die näheren Anlässe, die die Pogrome hervorgerufen hatten, sind nur gestreift, die tieferen Ursachen — das wirtschaftliche und soziale Moment —, die die Pogrome und ihren Ausbruch ermöglicht hatten, sind gar nicht erörtert. Die Epoche von 1905 ist viel eingehender betrachtet und mit Berichten der einzelnen, an den Pogromorten eingesetzten Spezialkommissionen, versehen worden. Diese Darstellung von Linden war letzten Endes für die breite Öffentlichkeit, vornehmlich für das Ausland bestimmt, und ist sowohl in ihrem Stil, wie auch zum Teil in ihrem Inhalt auf propagandistische Wirkung bedacht.

Es schien mir deshalb notwendig, diese Epoche eingehend zu untersuchen und die wirtschaftlichen, wie auch die sozialen und politischen Ursachen, die mitbedingend für den Ausbruch der Pogrome waren, zu berücksichtigen. Es sei hier vorweggenommen, daß bei Berücksichtigung der obenerwähnten, die Pogrome mitbedingenden Ursachen, die von der Regierung anerkannte, die Juden belastende „Ausbeutungstheorie", die zum Erlaß der einschränkenden Gesetze von 1882 führte (man gab offiziell bekannt, daß die Pogrome als spontaner Ausbruch des Volkszornes gegen die jüdische Ausbeutung der Christen zu werten seien, und daß man durch Einschränkungen der schädlichen wirtschaftlichen Tätigkeit der Juden entgegenkommen könne), sich ohne weiteres

als falsch erweist. Die traditionellen Vorurteile, die die russischen Gesetzgeber der jüdischen Frage entgegenbrachten, hinderten sie, den Kern der Frage zu erkennen.

Die Quellen, die dieser Untersuchung zugrundegelegt sind, Materialien aus dem Polizeidepartement, die Zapiski, Denkschriften der Beamten, amtliche Mitteilungen und Untersuchungen enthalten, bieten aufschlußreiches Material über den Gang und Verlauf der Ereignisse, beleuchten aber auch die Stellung der offiziellen Stellen sowohl zu der speziellen Pogromerscheinung, wie auch zur jüdischen Frage überhaupt. Diese amtlichen Berichte sind jedoch nur kritisch zu benutzen, weil ihre Verfasser durch persönliche Wertung der Dinge und durch subjektive Stellungnahme zu den Geschehenissen, häufig den wirklichen Sachverhalt nur im trüben Licht erkennen lassen. Andererseits aber helfen eben diese persönlichen Momente in den Berichten vielfach die allgemeinen Zusammenhänge zu erkennen und das Zustandekommen von vielen Gesetzen und Befehlen der Behörden zu erklären.

Die zur Ergänzung herangezogene zeitgenössische russisch-jüdische Presse (die Wochenausgaben des Vosschod, Rassvet, Russkij Evrej u. a.) ist jedoch nicht weniger kritisch zu behandeln, um so mehr, als sie sich bei der Schilderung der Ereignisse im weitem Umfang der Mittel der Journalistik bedient; sie ist es aber, die am wahrheitsgetreuesten die in der jüdischen Öffentlichkeit vorherrschende Stimmung widerspiegelt, die Meinungen, Strömungen, die brennenden Tagesfragen wiedergibt. Das Quellenmaterial und die Periodika ergänzen sich ausgezeichnet: abgesehen davon, daß sie dieselben Fragen von entgegengesetzten Standpunkten aus betrachten, hilft vielfach die Presse zur Konstruktion des Zusammenhanges, dort, wo die Quellen Lücken aufweisen (z. B. bei den Pogromen von Balta und Varschau).

Die Literatur über die hier zu erörternde Fragen ist sehr zerstreut. Es gibt zwar viele Broschüren und Bücher über die jüdische Frage — die zumeist auch so betitelt sind: „Die Juden", oder „Die jüdische Frage in Rußland" — aber wenige von diesen bringen umfassendere Darstellungen über die Lage der Juden in Rußland, die wenigsten über die Zeit von 1881—82. Gut sind nur die Darstellungen von Subbotin, Oršanskij und Gessen.

Beiträge für wirtschaftliche und kulturelle Fragen bringen im größeren Umfange die in den Zeitschriften für Literatur, Wissenschaft und Politik in den Jahrgängen 1870—1928 zerstreuten Aufsätze — in Ev. St., Ev. Let. u. a., die häufig wertvolles Memoirenmaterial enthalten.

Die Literatur über die nicht direkt mit der jüdischen Umwelt zusammenhängenden Fragen ist sehr umfangreich. Für die Bauernfrage wurde deshalb das Sammelwerk von Sytin „Velikaja reforma" und das im Kr. Arch. veröffentlichte Quellenmaterial be-

nutzt. Die Beiträge vom Kr. Arch. dienten auch, neben der Ausgabe der „Literatur der sozial-revolutionären Partei“ zur Klärung der Stellung der „Narodovolzy“ zur jüdischen Frage.

Auch die Memoiren und Korrespondenzen der für die jüdische Frage in den 80er Jahren zuständigen Staatsmänner, wurden zur Ergänzung herangezogen, wie auch das zwar für unsere Zeit noch dürftige, aber die Tatsachen ergänzende statistische Material.

I. Kapitel:

Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ursachen der Pogromausbrüche gegen die Juden im Jahre 1881 im Südwesten Rußlands.

1. Die Juden in Rußland bis zum Ausgang der Regierungszeit Alexanders II. (Auszug).

Im 15. und 16. Jahrhundert — die Zeit der beinah ununterbrochenen Ausweisungen der Juden aus Deutschland — verlegte sich das numerische und geistige Schwergewicht des europäischen Judentums nach den östlichen Ländern. In Rußland waren Juden schon seit der Gründung des Kiever Staates ansässig, auf das eigentliche jüdische Problem aber war Rußland, im Gegensatz zu den anderen Völkern Europas, erst im Zeitalter Katharinas gestoßen. Durch die Annektion Polens durch Rußland — in den drei Teilungen von 1772, 1793 und 1795 — gingen in russischen Besitz 12 polnische Gouvernements mit zahlreicher jüdischer Bevölkerung über[1]). Katharina verkündete zwar am Anfange — 16. August 1772 — ihren neuen Untertanen Glaubensfreiheit und Unverletzlichkeit des Eigentums, ließ die Juden die Rechte der Kaufmannschaft und Kleinbürgerschaft im Lande genießen; aber schon im Jahre 1790 gab sie dem Drängen der Moskauer Kaufleute nach und befahl, die Juden aus dem Kaufmannsstande auszuschließen und sie mit doppelten Steuern zu belegen, da sie den Handel untergrüben[2]).

Eine neue Wendung in der Judenfrage trat durch die Denkschrift des Dichters und Senators Deržavin ein. Im Jahre 1800 legte Deržavin in einer Denkschrift — Mnenie — seine Untersuchungen über die Judenfrage nieder und trat für eine Gesetzvorlage ein, die das Judentum auf ein höheres Lebensniveau emporheben sollte[3]). Das Gutachten des im Jahre 1802 gegründeten Komitees zur Neuregelung der jüdischen Frage — der Feder Speranskis entsprungen[4]) — schlug eine Reihe von Mitteln vor, die die Juden zur Aufklärung und Bildung heranziehen könnten. Diese weitgehenden Projekte in der ersten Regierungszeit Alexanders I., die ein Echo der Emanzipationsideen Mitteleuropas waren, be-

---

[1]) Es gehen an Russland die Gouvernements: Bessarabien, Cherson, Grodno, Kiev, Kovno, Minsk, Mohilev, Podolien, Taurien, Vitebsk, Vilna und Volynien über.

[2]) Erst. Gszsml. Bd. XXIII, Nr. 17006 u. Nr. 17224.

[3]) Deržavin, Bd. 7, S. 230—332. 1872.

[4]) Die Juden in Russland: Ursachen und Zeugnisse russischer Behörden, von August Scholz, 1900, S. 8.

hielten ihre Gültigkeit jedoch nur auf dem Papiere. Die Heranziehung der Juden zum geistigen Leben und zur landwirtschaftlichen Betätigung — um diese Zeit wurden die ersten jüdischen Kolonien in Rußland gegründet — wurden durch das Repressivsystem des Kaisers Nikolaus im Keime erstickt. Die Regierung hatte die Tendenz, die Juden in einem bestimmten Rayon zusammenzufassen, und es erfolgten in den Jahren 1829—1835 Niederlassungsverbote für Livland, Kurland, Sevastopol, Kaukasien und Astrachan, im April 1835 wurde die s. g. „Čerta evreiskoj ossedlosti" — der Ansiedlungsrayon — geschaffen, wonach der jüdischen Bevölkerung das Ansiedlungsrecht nur in 25 Gouvernements gewährt wurde[5]). Durch diese Gesetzgebung Nikolaus I. bildete sich ein Ausnahmezustand für die Juden heraus, die sie von der einheimischen Bevölkerung immer mehr absonderte und die Isolierung der jüdischen Minderheit so notgedrungen verstärkte.

Die liberale Ära Alexanders II., die den Anbruch einer neuen wirtschaftlichen und sozialen Epoche für Rußland bedeutete, wirkte sich alsbald in Form von Konzessionen und Privilegien auch für die Juden Rußlands aus. Im Hinblick auf den Nutzen, den sie für den Staat brachten — dies Zugeständnis bedeutete einen Schritt vorwärts von der nikolaitischen Auffassung, die die Schädlichkeit der Juden proklamierte — wurde das Ansiedlungsrecht jüdischen Handwerkern und Kaufleuten erster Gilde auch außerhalb des festgesetzten Ansiedlungsrayons gewährt[6]).

Jedoch die dem mittelalterlichen Ghetto ähnliche Rayonordnung wurde auch in der liberalen Zeit Alexanders II. nicht aufgehoben, die begonnene Emanzipation nicht konsequent durchgeführt. Denn die letzte Periode seiner Herrschaft war durch eine unentschlossene und schwankende Stellung der Regierung gekennzeichnet.

---

[5]) Der Ansiedlungsrayon bestand aus:
a) 15 Gouvernements Russlands: Grodno, Ekaterinoslav, Kiev (mit Ausnahme der Stadt Kiev), Minsk, Mohilev, Podolien, Taurien (außer Sevastopol), Vilna, Vitebsk, Volynien, Černigov, Bessarabien, Poltava (außer den Regierungssiedlungen), Kovno und später der Stadt Charkov.
b) aus 10 Gouvernements Kongresspolens: Lomža, Lublin, Petrokov, Plotzk, Kalicz, Kalce, Rodom, Suvalki, Sedlez und Varschau. Zw. Gszsml. X, Nr. 8054.

[6]) In den Jahren 1859—1865 wurde das Recht der Ansiedlung außerhalb des Rayons gewährt:
a) jüdischen Kaufleuten erster Gilde — die jährlich 1000 Rubel Handelssteuern zahlten —, samt der Familie und jüdischem Hauspersonal
b) Juden mit höherer Bildung, Pharmazeuten, Apothekersgehilfen, Zahntechnikern, Hebammen und Studenten
c) Jüdischen Handwerkern und ihren jüdischen Lehrlingen
d) Jüdischen vom Dienste schon entlassenen Soldaten. Zw. Gszsml Bd. 36, Nr. 37684.

2. Das Verhältnis zwischen der jüdischen und christlichen Dorfbevölkerung bis zum Ausbruch der Pogrome.

Ein plötzlicher Umschwung trat in der jüdischen Frage in Rußland nach der Ermordung Alexanders II. ein. Im April 1881, beeinflußt durch das Wiedereinsetzen der Reaktion brachen unzählige Pogrome gegen die jüdische Bevölkerung Südrußlands aus. Die Pogrome, eine für Rußland bisher ungewohnte Erscheinung — die Ausschreitungen gegen die Juden in Odessa in den Jahren 1825, 1841 und 1871 trugen zumeist nur einen episodischen Charakter — die Plünderung und Vernichtung des jüdischen Eigentums, die häufig Mord und Totschlag zur Folge hatten, fanden ihre Träger hauptsächlich in den Scharen der „bosonogaja komanda" (vgl. S. 36) und auch nicht selten in der ortsansässigen Dorfbevölkerung. Diese Tatsache, daß die Dorfbevölkerung Südrußlands sich zu den Plünderungen der Juden gesellte, war um so bemerkenswerter, als sie bis dahin im bestem Einvernehmen mit den Juden lebte. Die Gemeinschaft der wirtschaftlichen Interessen bedingte in der Hauptsache das gute Verhältnis. Diejenigen Interessen der Kleinrussen, die nicht im Bereiche der Landwirtschaft lagen, wurden von den Juden und den großrussischen Kaufleuten erledigt. „Die Kleinrussen leben mit den Juden in großer Eintracht", sagt Aksakov in einer Wirtschaftsstudie, „und nennen sie mit dem Kosenamen židki; auch die Kaufleute sehen in dem Juden keinen gefährlichen Konkurrenten, weil es unter den Juden wenig große Kaufleute gibt, und siedeln sich trotz der Konkurrenz mit Vorliebe im Gebiete des Ansiedlungsrayons an"[7]).

Obwohl in der südwestlichen Gegend manche Handelszweige im Besitz der Juden waren[8]) und eine wohlhabende Klasse sich entwickelte, lebte die Masse der jüdischen Bevölkerung in großem Elend. Die anormale staatsrechtliche und soziale Stellung der Juden, wei auch die Schwierigkeiten im gesamten russischen Wirtschaftsleben, das im Übergangsstadium von der Naturalwirtschaft zur kapitalistischen Wirtschaft stand, bedingten trotz der liberalen Ansätze in der Gesetzgebung, die Verarmung der jüdischen Bevölkerung. Der Mehrzahl, immer noch eingeschlossen in den Ansiedlungsrayons, waren die Juden in ihren Erwerbsmöglichkeiten sehr eingeschränkt, da die akademischen Berufe mit Geldschwierigkeiten verbunden waren, die Wege zur Landwirtschaft ihnen so gut wie verschlossen blieben. Die Juden hatten sich

---

[7]) Ivan Aksokov: „Untersuchungen über den Handel auf den ukrainischen Jahrmärkten." Petersburg 1858, russ.

[8]) So waren z. B. in Cherson, dem Zentrum der Holzbranche 40 jüdische und bloß 4 christliche Holzdepots. Im Jahre 1881 hatten die Juden 2 398 987 Pud Brot nach dem Auslande exportiert, die Christen hingegen nur 189 219 Pud. Vgl. Blumenfeld, Vos. 1881, Heft 9: Die ökonomische Tätigkeit der Juden im Süden Russlands, russ.

daher den bestehenden Verhältnissen angepaßt und zu den unproduktiven, in der russischen Wirtschaft aber bis 1861 unentbehrlich gewesenen Berufen des Vermittlers — „Faktors", Geldverleihers und Händlers gegriffen. Bis zur Reform konnte der träge Gutsbesitzer im Süden, wie auch der Šljachtič im Westen den ihnen zwar in der Seele verhaßten, aber nützlichen Juden nicht entbehren; diese Verflechtung wurde durch die verschwenderischen Gutsbesitzer noch enger. Der Bauer hingegen hatte bis zur Emanzipation nur selten mit dem Juden Zusammenstöße, da seine wirtschaftlichen Interessen sich in einem ganz engen Kreise bewegten. Es stellte sich nun aber bald heraus, daß die Reform eng verknüpft mit der jüdischen Frage war[9]). Denn die Gutsbesitzer wollten die Landwirtschaft rationeller betreiben und versuchten daher, durch evolutionäre Maßnahmen die Last des Wucherers und Vermittlers von sich abzuwerfen. Diese Entwicklung, wie auch die Errichtung eines Landkredits machte allmählich den jüdischen Geldverleiher und Vermittler im wirtschaftlichen Leben entbehrlich; durch die Ausgestaltung des Eisenbahnnetzes war der bisher in den jüdischen Händen gelegene Warentransport so gut wie überflüssig geworden. Die Lahmlegung der zwar unproduktiven, aber Tausende von jüdischen Familien ernährenden Berufen ging sehr langsam vor sich; sie rief aber eine Verarmung der jüdischen Bevölkerung hervor, weil die aussterbenden Berufe durch keine neue Erwerbsmöglichkeiten ersetzt wurden. Die Hauptursache der Verelendung der jüdischen Massen war das System des Ansiedlungsrayons: Infolge der Absperrung der großrussischen Gouvernements waren auch im Süden große jüdische Zentren gebildet worden, in denen das Elend immer mehr um sich griff. In Berič̆ev, wo die Juden 86 % der Bevölkerung bildeten (unter 74 879 Personen gab es 64 425 Juden), lebten jüdische Familien von der Hand in den Mund, denn 40 % der Juden waren zu keinem Berufe geeignet und unterhielten sich von Zufallsarbeit[10]).

Diese jüdischen Massen, aus Handwerkern, Vermittlern und Kleinhändlern bestehend, befanden sich im ständigen Kontakt mit

[9]) Der jüdische Publizist Oršanskij bemerkte schon im Jahre 1872, daß die aBuernfrage auf das jüdische Leben einen Einfluß ausübe und glaubte, daß die Verelendung der jüdischen Massen nur durch die Entwicklung der russischen Naturalwirtschaft zum Kapatalismus bedingt sei. Oršanskij „Die Juden in Rußland", 1872, S. 7—15 russ. Die Verelendung der jüdischen Massen aber war keineswegs nur auf die neue wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen, sondern war eng mit der unnormalen rechtlichen Lage der Juden verbunden.

[10]) Bezeichnend ist die Berufsgliederung der Juden im Černigover Gouvernement: 22 % der jüdischen Bevölkerung waren Schankwirte, 23 % Kaufleute, 13 % Handwerker, 2 % Landwirtschaftler und 40 % hatten keine Professionen (Makler, Vermittler und andere, unter keine Rubrik einzuordnende Berufe).

Aus der Tabelle 2 ist auch zu ersehen, wie die Juden sich

der christlichen Dorfbevölkerung. Der jüdische Kaufmann war wie gesagt (vgl. S. 23) kein gefährlicher Konkurrent, der jüdische Schankwirt und Vermittler, deren Dienste der Bauer noch immer nicht ganz entbehren konnte, verstand es viel besser, als der russische Schankwirt (celovalnik) und als der bäuerliche Parvenü, der s. g. „kulak", mit der Dorfbevölkerung auszukommen[11]). Wenn auch der Bauer in dem Juden häufig den schlaueren und gerisseneren Geschäftsmann sah, wenn auch der Jude immer noch wegen seiner eigenartigen Sitten und Gebräuche ein andersgläubiges und fremdes Element im Dorfe war, herrschte jedoch zwischen dem Bauern und dem Juden ein gutes Verhältnis; denn der Jude konnte sich schon wegen seiner unsicheren Rechtsstellung im Lande nicht erlauben, die Begleichung der bäuerlichen Schulden, die die Kette der wirtschaftlichen Interessen eng zusammenschlossen, durch Gewalt zu erzwingen, wie es häufig auf recht grausame Weise der reiche Bauer oder Gutsbesitzer tat.

Als bestes Beispiel für die guten Beziehungen kann der Zuwachs der bäuerlichen Bevölkerung in dem Gebiete des Ansiedlungsrayons dienen: während in den benachbarten südlichen Gouvernements in den Jahren 1858—78 ein Zuwachs von 20 % zu verzeichnen war, erreichte der Zuwachs der bäuerlichen Bevölkerung im Ansiedlungsrayon — in den südwestlichen Provinzen — 31,5 %[12]).

All dies, solange keine Beeinflussung der Bauern von außen einwirkte. Denn die Gründe, die die Bauern der südwestlichen Gouvernements dazu bewegten, an den Plünderungen der Juden teilzunehmen, waren mehr psychologischer Natur: zugleich mit den politischen Änderungen, die unter Alexander III. in Rußland auftraten, änderte sich auch das Verhältnis sowohl der Behörden wie auch gewisser Bevölkerungsschichten zu den Juden: neue Männer und neue Bestrebungen traten in den Vordergrund.

Nicht zuletzt hing die neue Wendung in der jüdischen Frage — namentlich der Ausbruch der Pogrome — auch mit dem zerrütteten Zustande der großrussischen Bauernschaft zusammen,

---

vornehmlich in den Städten konzentrierten. Die überweigende Mehrheit der Juden war: in Berdičev 86 %, in Pinsk 86,2 %, Grodno 77,2 %, Uman' 72,1 %. In den sogenannten „saštatnye mestečki"-Städtchen schwankte der Prozentsatz der Juden zwischen 41 % und 90 %. Zur Lage der Juden vgl. Demidov San Donato: Die jüdische Frage in Rußland, 1883 russ.

[11]) Die Beschuldigungen, daß lediglich die Juden die Schankwirtschaften in Händen hatten, erweisen sich als nicht begründet. Denn unter 349 Schankwirtschaften im Gouvernement Cherson gehörten den Juden 44 % (183), die übrigen wurden von Christen verwaltet. Der Handel mit Spirituosen war etwa gleichmäßig zwischen Juden und Christen verteilt. Blumenfeld, op. zit. S. 187—88.

[12]) Subbotin: „Die jüdische Frage in ihrer richtigen Beleuchtung", russ. in Ev. Bib. Bd. X, 1903, S. 63—123.

denn die Pogrome fanden ihre hauptsächlichen Träger in den arbeitslosen Scharen dieser großrussischen Bauern. So kam es, daß die jüdische Frage mit den politischen Änderungen Rußlands im Jahre 1881 wie auch mit der sozialen und ökonomischen Lage der Bauernschaft in enge Verbindung trat.

3. Die Einwirkungen des neuen politischen Kurses unter Alexander III. auf die jüdische Frage.

In Rußland wurden die Schwankungen zwischen Reaktion und Fortschritt, zwischen Härte und Milde der Regierungsform durch den Thronwechsel bestimmt. Nicht, daß lediglich der neue Herrscher den Umschwung mit sich brachte, sondern daß die sich um ihn bildende Anhängerschaft ausschlaggebend für die neuen Prinzipien wurde. So war die mit Alexander III. eingetretene Reaktion schon Jahre hindurch durch eine um den Thronfolger gruppierte Opposition zu den liberalen Bestrebungen der Ära Alexanders II. vorbereitet gewesen; diese Kreise gelangten nach der Thronbesteigung Alexanders III. zur Macht.

In dem am Tage der Thronbesteigung erlassenen Manifest versprach zwar Alexander III. seinen Untertanen im Sinne seines verstorbenen Vaters zu regieren, aber in Wirklichkeit war bald eine Änderung des Kurses eingetreten. Alexander III. war fest entschlossen, den inneren Gärungen Rußlands, die den Tod seines Vaters verursacht hatten, ein Ende zu setzen. Die neuen Regierungsprinzipien fanden ihren Niederschlag in dem am 29. April 1881 veröffentlichten Manifest, das alle Untertanen zur Ausrottung der „abscheulichen kramola" — regierungsfeindliche Gärungen der Revolutionäre — und zur Befestigung des Glaubens und Sittlichkeit aufforderte[13]). Schon in der ersten Woche seiner Regierung verursachte der neue Zar die Ablehnung des zum Erlaß reifen Loris-Melikovschen Projektes, der bekanntlich Keime einer Konstitution enthielt, und die Gesellschaft zur Ausarbeitung der für sie bestimmten Reformen heranziehen sollte. Denn der Vertrauensmann des Zaren, der Oberprokuror des Heiligen Synods, Pobedonoszev, wollte nach all den durch die Reformen Alexanders II. geschaffenen „Schwatzbuden" nicht eine „oberste Schwatzbude" entstehen lassen[14]). Das Aufgeben des Konstitutionsprojektes, das

---

[13]) Dr. Gszsml. Bd. I N. 118.

[14]) Auch der Zar schrieb in einer Randbemerkung auf dem Protokolle der Verhandlungen, daß „dieser verbrecherische und übeeilte Schritt zur Konstitution Gott sei Dank verhindert war". Mitgeteilt von Prof. Dr. Karl Stählin in den Seminarübungen Berlin 1931 aus dem Privatarchiv des Freiherrn von Uxküll-Gyllenband, zur Zeit Schweitz: „Denkschrift des Grafen Loris-Melikov mit den Resolutionen des Zaren Alexanders III.", russ. Vgl. auch „Aufzeichnungen de Konstantin P. Pobedonoscev . . ." von F. Steinmann u. E. Hurwicz, 1933.

mit dem Namen des Innenministers eng verbunden war, verursachte die Verabschiedung des liberalen Ministers, und machte der sogenannten „Diktatur des Herzens“[15]) ein Ende. Die alten nikolaitischen Prinzipien, Selbstherrschaft, Rechtgläubigkeit und Narodnost', wurden zur Parole der neuen Männer. Die folgende Epoche wurde von Pobedonoszev, dem Intimus und Lehrer Alexanders III., dem „Großinquisitor Rußlands“, wie man ihn später nannte, beherrscht. Das Staatsideal, das er vertrat, das der „Narodnost“, wurde für die Innenpolitik Rußlands bestimmend Die Rettung von den verderblichen, aus dem Westen entlehnten Neuerungen, sollte durch die Stärkung der Selbstherrschaft, durch die Verbindung mit der Staatskirche, und durch Betonung des altrussischen Wesens herbeigeführt werden. Es trat daher ein Beamtenwechsel ein, der die Vertreter der „liberalen“ Epoche Alexanders II. verdrängte.

Nach der Verabschiedung Loris-Melikovs ernannte man zum Innenminister den Grafen Nikolaj Pavlovič Ignatev, der als Botschafter in Konstantinopel eine wichtige Rolle gespielt hatte, aber mit dem Scheitern seiner panslawistischen Politik in Ungnade bei Alexander II. geraten war. Ignatev, der eine fast rein militärisch-diplomatische Karriere hinter sich hatte und mit den Fragen der Administration ganz und gar nicht vertraut war, wurde lediglich wegen seiner Gesinnung zum Innenminister erhoben. „Ignatevs Sympathie mit den Slawophilen verlieh ihm einen Nimbus eines großen russischen Politikers. Seine Ernennung zum Innenminister bekundete die Bestrebungen des Zaren, diese volkstümliche Politik der Slawophilen zu verwirklichen“[16]). so beurteilte der Redakteur des „Graždanin“, Fürst Meščerskij, die Ernennung Ignatevs.

Die Betonung des religiös-nationalen Charakters des russischen Staates zog naturgemäß die Verfolgung der Fremdvölker nach sich[17]). Auch der in der bürgerlichen Gesellschaft im Keime schlummernde, durch die liberale Ära verdrängte Antisemitismus kam alsbald unter der Regierung Alexanders III. zum Ausdruck. Während in der Zeit Alexanders II. Erleichterungen in der Lage

---

[15]) Die sogenannte „Diktatur des Herzens“ des Innenministers Loris-Melikov befolgte das Ziel, die das Leben des Zaren bedrohende Revolution aus Rußland auszurotten, den Forderungen der liberalen Kreise aber, so weit es möglich war, entgegenzukommen.

[16]) Meščerskij: „Meine Erinnerungen“. Teil 3, Petersburg 1912, russ S. 30.

[17]) Pobedonoscev nahm den Kampf gegen alle Fremdvölker auf. Bekannt sind die Verfolgungen der Lutheraner in den baltischen Provinzen und der Katholiken in den Westprovinzen. Ihm werden auch die von mir mündlich häufig gehörten, in Rußland klassisch gewordenen Worte zugeschrieben, daß die Lösung der jüdischen Frage darin bestehe, daß ein Drittel der Juden auswandere, ein Drittel sich assimiliere und ein Drittel untergehe.

der Juden Rußlands eingetreten waren und von manchen sogar die Gleichberechtigung der Juden gefordert wurde, war zur gleichen Zeit in den Kreisen der russischen Bureaukratie und Bourgeoisie ein Haß gegen die Juden herangereift.

Die Judenfeindschaft, die auf traditionellen Vorurteilen und auf religiös-nationalen Empfindungen beruhte, wurde in Rußland ganz besonders durch das Hinzukommen von wirtschaftlichen Momenten gestärkt (die Beteiligung der Juden in den revolutionären Parteien trug in den 80er Jahren nur wenig zur Steigerung des Hasses gegen sie bei, vgl. S. 39). Es entwickelte sich in den 60er und 70er Jahren infolge des Aufblühens der Wirtschaft und Industrie die bis dahin in Rußland wenig vertretene Schicht der russischen Bourgeoisie, die mit dem jüdischen Kaufmannsstande in Konkurrenz geriet. Dank dem Zuflusse des ausländischen Kapitals und dank den billigen Arbeitskräften der befreiten Bauern, begann schon in den 60er Jahren ein neuer writschaftlicher Aufstieg in Rußland. Der Bau von Fabriken, die Verbreitung des Eisenbahnnetzes, die Entwicklung des Import- und Export-Handels hatte das Entstehen dieser neuen Schicht, der Bourgeoisie, zur Folge. Zugleich mit dem Gutsbesitzerstande und den Bürgerlichen waren es die Juden, die sich an das neue Wirtschaftsleben anzupassen versuchten; den durch jahrhundertelange Erfahrung elastischeren Juden gelang dies schneller, als den weniger erfahrenen Christen. Es entstand daher in den 60er Jahren eine wohlhabende jüdische Handelsklasse, die zwar nur einen geringen Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung ausmachte (vgl. S. 25), aber auf heftigen Widerstand in den Kreisen der neu entstandenen Bourgeoisie stieß. Die patriotische Presse, vornehmlich von der Bourgeoisie unterstützt, eröffnete schon in den 70er Jahren einen Kampf gegen den jüdischen Kaufmannsstand und stellte sich als Aufgabe, die Befreiung der Christen von dem s. g. „jüdischen Joche" — der jüdischen Konkurrenz, herbeizuführen. Die Presse suchte die schlechtesten und häßlichsten Eigenschaften des jüdischen Maklers und Wucherers zu verallgemeinern und sie als Gemeingut eines moralisch gesunkenen Volkes hinzustellen. Sie brachte gegen die Juden allerlei Beschuldigungen vor: daß die Juden die christliche Jugend demoralisierten, die Gutsbesitzer und Bauern ausbeuteten, das Volk zum Trinken verleiteten, und sich von den bürgerlichen Pflichten, vornehmlich der Militärpflicht, drückten[18]).

Die Vertreter der Bourgeoisie, die ganze Beamtenhierarchie

---

[18]) Vgl. Rus. Ev. Nr. 52, 1882, S. 556, wo eine Tabelle abgedruckt ist, die beweist, daß die Trunksucht in den inneren Gouvernements Rußlands, wo fast keine Juden ansässig waren, viel mehr als im Ansiedlungsrayon verbreitet war. Vgl. zur Militärpflichtfrage F. G.: „Die Erledigung der Militärpflicht durch die Juden, 1903, russ.

und das Kleinbürgertum, die judenfeindlich eingestellt waren, schrieben der Judenschaft geradezu eine mystische Kraft zu, welcher sie sich bediene, um die Ordnung des Staates zu untergraben, und glaubten an die Existenz einer verderblichen Kahalverwaltung bei den Juden.

Der Erfinder dieser „geheimnisvollen Macht" des Kahals — der Kahal, eine innerjüdische Verwaltung, war schon durch Nikolaus I. im Jahre 1844 abgeschafft und blieb später nur als Behörde zur Einziehung von Steuern und zur Rekrutenaushebung bestehen, übte folglich gar keinen Einfluß auf die innere Verwaltung der Juden aus[19]) — war ein Renegat und Pamphletist Brafman gewesen, der ums Jahr 1870 die sogenannte „kniga kahala" (das Buch des Kahals) veröffentlichte. Brafman hatte angeblich auf Grund von Akten, die er vornehmlich aus dem Kahal von Minsk sammelte, entdeckt, daß die Juden regierungsfeindliche Elemente seien, weil sie für sich die Regierungsgsetze nicht als Pflicht anerkennen und durch geheime Gesetzgebung darauf abzielen, das Eigentum der Christen zu veräußern; das Hauptziel des Kahals sei eine „umosatmenie" (Sinnesverdunkelung) der Christen herbeizuführen, um alle Macht an sich zu reißen[20]). Dieses Buch fand in den weitesten Schichten der christlichen Bevölkerung Beifall, und schon im Jahre 1873 erlebte es eine zweite Auflage.

Obwohl das Werk von Brafman von jüdischen Wissenschaftlern scharf angegriffen, die Kahalakten als Fälschung bloßgestellt wurden, verteilte man das Buch an alle Behörden, vornehmlich an die Erziehungsanstalten, und ernannte den Autor zum Zensor der hebräischen Literatur. Die Ansicht über den verderblichen Einfluß der Juden fand Anklang in den breiten Schichten der russischen Öffentlichkeit, denn noch im Jahre 1903 schrieb Pobedonoszev: „Das Ziel des Kahals ist, die Gutsbesitzer zugrundezurichten, die Familiengeheimnisse der Christen zu erraten, und die christlichen Kinder zu demoralisieren"[21]).

Nicht weniger verbreitet war der Glaube, daß die Juden Christenblut für rituelle Zwecke gebrauchen; obwohl die Wissenschaft ein vernichtendes Urteil über die Blutbeschuldigung, die

---

[19]) Ev. Enz. Bd. IX, S. 87—94, Aufsatz über den Kahal.

[20]) Jakob Brafman: „Das Buch des Kahals, Materialien zur Erforschung jüdischer Sitten", 1869, russ. Vgl. Schereschewsk: „Über das Buch des Kahals". Widerlegung der Theorie Brafmans.

[21]) Vgl. Materialien zu den jüdischen Pogromen in Rußland, Bd. I, hrsggb. v. Dubnov u. Krassnyj-Admoni, 1919, S. 244—251. Die Meinung über die mystische Verwaltung der Juden hat sich, wie gesagt, in allen Kreisen eingebürgert und im Jahre 1905 gab ein Beamter der Geheimpolizei, Sergej Nilus, die s. g. „Protokolle der Weisen von Zion" heraus, die angebliche Welteroberungspläne der Juden enthüllten. Erst im Jahre 1925 wurde diese Schrift von Nilus von Herrman Strack als Plagiat bezeichnet.

seit dem Mittelalter die Juden belastete, gefällt hatte, wiederholten sich die Ritualmordprozesse an verschiedenen Orten Rußlands[22]). Im Jahre 1844 verfaßte Dal' im Auftrage des Innenministeriums eine Denkschrift, in der er unter anderem die Behauptung aufstellte, daß die „Chassidim, eine fanatische, zähe, dem alten Testamente abtrünnig gewordene Sekte der Juden", Christenblut vornehmlich für das Passafest und auch für andere rituelle Gebräuche verwendeten. Das im Jahre 1877 erschienene Buch eines Jeremonach Ippolit Ljutostanskij wiederholte die Beschuldigungen von Dal'[23]), und die Überzeugung, daß ein Teil der Juden Christenblut gebrauche — Ljutostanskij wurde wegen seines Werkes mit einer Auszeichnung belohnt — bürgerte sich von nun auch in den Regierungskreisen ein.

All diese Beschuldigungen tauchten zwar auch in der Zeit Alexanders II. auf, mit dem Regierungsantritt Alexanders III. aber wurde ein regelrechter Kampf von der patriotischen Presse gegen den schädlichen Einfluß der Juden eröffnet. Von ihr ging die schon in der Kosakenzeit erlassene Parole „žid idet" (der Jude kommt) erneut aus, wodurch die Christen vor dem durch das Land ziehenden, mit Kenntnissen in allen Sphären ausgerüsteten Juden gewarnt wurden. „Novorossiskij Telegraf" und „Novoje Vremja", Organe der russischen Bureaukratie[24]), reizten systematisch die christliche Bevölkerung gegen die Juden auf. Die Agitation der Presse verfehlte ihre Wirkung nicht. Während im Ausland, vornehmlich in Deutschland, die Aufhebung der den Juden verliehenen Gleichberechtigung gefordert wurde, artete in Rußland der in der angegebenen Art geschürte Haß gegen die Juden in ganz andere Formen aus.

Die Agitation in Rußland stieß auf eine erbitterte, hungrige und arbeitslose Bauernschicht, jene „bosonogaja komanda" (barfüßige Mannschaft), die für jegliche, Vorteil versprechende Tätigkeit leicht zu gewinnen war. Die jüdische Frage trat auf diese Weise in enge Verbindung mit der Bauernfrage in den 80er Jahren. Denn infolge des trotz des Befreiungsgesetzes

---

[22]) Bekannt ist der Prozeß von Veliž, in dem die des Ritualmordes angeklagten Juden nach 13jährigen Gefängnisstrafen freigesprochen wurden. Vgl. J. Gessen: „Das Drama von Veliž", 1904.

[23]) Ippolit Ljutostanskij: „Frage über den Gebrauch von Christenblut für religiöse Zwecke durch jüdische Sektierer e. c.", Moskau 1876, russ., und Widerlegung dieser Beschuldigung von Prof. Chwolson: „Ob die Juden Christenblut gebrauchen?", 1879, russ.

[24]) Viele russische Würdenträger arbeiteten in diesen Organen mit. Aus einer Bemerkung des Innenministers Ignatev und Pobedonoscev (vgl. 1 S. 29): „Behüte mich Gott davor, die Artikel des Novoje Vremja zu inspirieren", kann man doch auf eine gewisse Zusammenaurbeit des Innenministers mit dieser Zeitung schließen. Vgl. „Pobedonoscev und seine Korrespondenten", Moskva 1923. Ausgabe des Rumjancev-Archiv Nr. 63 S. 84, russ.

ungelösten Bauernproblems und der zerrütteten Lage der russischen Bauernschaft war ein günstiger Boden für willkürliche Ausschreitungen geschaffen.

4. Der Einfluß der zerrütteten Bauernlage im Jahre 1881 auf den Ausbruch der Pogrome und die psychologische Wirkung der Agitation auf die Bauernschaft[25]).

Änderungen und Reformen in der Bauernfrage waren zu Beginn der 80er Jahre in Rußland besonders akut geworden, weil ein Sechstel der Bauern 20 Jahre nach der Aufhebung der Leibeigenschaft noch an die Scholle gebunden war. Nur juristisch trat nach 1861 eine Änderung ein, faktisch waren die Bauern wie bisher an den Gutsherrn gebunden, nur mit dem Unterschiede, daß der Bauer das fremde Land nicht als Leibeigener, sondern als Schuldner bearbeitete. Zwei unheilbringende Erscheinungen traten schon Ende der 70er Jahre in den Vordergrund: Mangel an Land — das s. g. „malozemelie" — und die Verschuldung der Bauern. Dies waren die Folgen der nicht entfalteten Bauernreform, deren Entwicklung durch den Egoismus des Gutsherrenstandes gehemmt worden war; man kürzte die Landanteile zugunsten der Gutsherren ab und teilte den Bauern zu wenig Land aus. Am Ende der 70er Jahre besaßen nur 14,5 % der Bauern genügend Land, 43,5 % hatten bloß mäßige Anteile, der Rest litt an dem „malozemelie"[26]). Auch die Auslösung des zugeteilten Landes bereitete große Schwierigkeiten, zumal die Gutsherren bis 1861 nicht verpflichtet waren, das Land dem Bauern zu verkaufen. So blieb, wie gesagt, ein Sechstel der bäuerlichen Wirtschaften faktisch dem alten System der Leibeigenschaft unterworfen.

Zum Mangel an Land gesellte sich die Verschuldung der Bauernschaft. Die hohe Pacht und das Lösegeld, sowie die strenge Einziehung der Steuern, stürzten die Bauern in Schulden. Nicht imstande, die rückständigen Steuern anders zu begleichen, verpflichtete sich der Bauer, das gutsherrliche Land zu bearbeiten, und geriet wieder in das alte Abhängigkeitsverhältnis. Diese Abhängigkeit vom Gutsherrn, der Mangel an Land und die durch wiederholte Mißernten gesteigerte Hungersnot, vertrieben den

---

[25]) An dieser Stelle soll darauf hingewiesen werden, daß die Betrachtungen über die Bauernfrage und -Reform nur im Zusammenhange mit der hier zu untersuchenden jüdischen Frage angestellt sind und daher den eigentlichen Kern der Reform nur berühren, keineswegs aber diese Frage zu erschöpfen beanspruchen.

[26]) In den Jahren 1861—78 verringerte man die Bauernanteile um ca. 30%, so daß die gutsherrlichen Bauern 15 Jahre nach der Reform in den Besitz eines kleineren Landteiles als vor 1861 gerieten. Vgl. Annissimovs Ausrechnungen über die Bauernanteile vor und nach der Reform in „Velikaja reforma" Ausgabe von Sytin S. 92.

Bauern von Haus und Hof. Trotz der großen Schwierigkeiten, die dem Bauern bei der Übersiedlung in eine andere Gegend bereitet wurden — die Binnenwanderung war durch die Gsetzgebung gehemmt — verdreifachte sich in der Zwischenzeit von 1871—80 die Zahl der zur Übersiedlung ausgegebenen Pässe[27]). Südrußland, wo der Wohlstand der Bevölkerung höher als in den großrussischen Gouvernements war, wurde das Ziel der auf die Suche nach Arbeit ausziehenden Bauern und Arbeitern. Eine verbitterte, zerlumpte, hungrige und arbeitslose Masse schweifte in den Häfen und Städten Südrußlands herum; sie bildete die s. g. „bosonogaja komanda", das eigentliche Lumpenproletariat. „Es zog ein hungriges Volk in die Städte, die Fabriken wurden von Arbeitern überfüllt, schlecht wurde es dann in den Städten zu leben", lautete eine in Charkov verbreitete Proklamation[28]). Im Jahre 1879 begannen Gerüchte über s. g. „schwarze Umteilung (černyj peredel) und die „hörbare Stunde" (slušnyj čas) in Groß- und Kleinrußland sich zu verbreiten; man sprach davon, daß alles Land unter die Bauern verteilt, die Steuern verringert würden.

Nach der Ermordung Alexanders II. wurde die Stimmung in den Bauernreihen durch immer neue Gerüchte noch erregter. Da die Bauern das Mißlingen der Reform nicht dem Zaren-Befreier, sondern dem Gutsherrnstande zuschrieben, verdächtigten sie die Gutsbesitzer den Zarenmord verübt zu haben, um den Monarchen an der angeblichen Landverteilung zu hindern. Den neuen Zaren, von dem es hieß, er sei von den Gutherren auf den Thron erhoben, sahen die Bauern zunächst als ihren Gegner an. Kurz nach der Thronbesteigung Alexanders III. wußten die Behörden über die im Volke herumschwirrenden Gerüchte zu berichten, die bald dem Zaren, bald den Gütsherren Absichten der Wiederherstellung der Leibeigenschaft unterlegten. Die bis aufs äußerste gereizte Stimmung drohte sich in Bauernrevolten auszulösen. Die Versuche der Regierung sich dagegen zu wenden, verliefen ergebnislos; trotz des Ende März an die Gouvernementschefs erlassenen Zarkulars, jegliche Gerüchte dieser Art zu unterdrücken, wollten die Gerüchte nicht verstummen. Denn sie wurden von den revolutionären Parteien aufgenommen und weitergetragen. Eine Splitterpartei der Narodvolzy, die der Černoperedelzy[29]),

---

[27]) In den Jahren:
1861—1870 wurden jährlich 1291 Pässe ausgegeben.
1871—1880 „ „ 3629 „ „ „
Außerdem begann eine große illegale Bevölkerungsübersiedlung; erst im Jahre 1906 wurde die Binnenwanderung erleichtert.

[28]) Vgl. Mat. Nr. 19 u. 20 S. 287.

[29]) Die Černoporedelzy, nach ihrem Organ „černyj peredel" benannt, legten ihrer Ideologie das alte Narodničestvo Programm zugrunde und stellten als eines ihrer Hauptziele einen anarchistischen Sozialismus auf. Durch Agitation hielten sie die Gerüchte über die „schwarze Umteilung"

hoffte durch Bauernrevolten ihrem Ziele näherzukommen und suchte daher diese aufrührerische Stimmung der Bauern durch Agitation zu erhalten. „Die gegenwärtige Lage", sagt der am Zarenmord beteiligte Revolutionär Rysakov, „ist für einen Aufstand besonders günstig, weil eine sehr starke Unzufriedenheit mit dem bestehenden System in den Reihen der Bauern vorherrscht"[30]).

Diese gespannte Lage wurde indessen von der viel mächtigeren und gewandteren Bureaukratie ausgenutzt. Anfang April 1881 verstummten fast überall die Drohungen gegen die Gutsbesitzer und als Schuldige an dem Elend der Bauern wurden in den Vordergrund die Juden durch Agitation er Presse geschoben. Es tauchten unverzüglich Proklamationen und Aufrufe in den Dörfern und Städten Südrußlands auf, die sich inhaltlich den Nöten und Bedürfnissen der Bevölkerung, stilistisch ihrer Ausdrucksweise anpaßten und gegen die Juden allerlei Beschuldigungen erhoben. Man stempelte die Juden zu Ausbeutern und Blutsaugern und ließ Gerüchte über einen „goldenen Zarenukas" in Umlauf setzen, der befohlen habe, den verhaßten Judenstamm auszurotten. Man erzählte in den Dörfern von mystischen Personen, angeblich Zarenbeamten — die einer auch gelegentlich gesehen haben wollte — die Judenplünderungen im Auftrage des Zaren angekündigt hatten; man las den Bauern Artikel vor, die den vermeintlichen Zarenukas enthielten. Die Proklamationen appellierten auch an das Gewissenn des Volkes und versuchten den religiösen Haß der gläubigen Dorfbevölkerung gegen die Juden zu entfachen. So wandte sich eine Proklamation an die rechtgläubigen Christen und scheute sich nicht, von den Maximen der Milde und Frömmigkeit ihrer Religion abzuweichen; sie rief das rechtgläubige Rußland zum Morde gegen die Juden auf[31]).

Die patriotische Presse versäumte auch nicht die Wirkung des Zarenmordes auf die Zarentreuen Bauern auszunutzen; die Ermordung Alexanders II. hatte auf die Bauernschaft einen erschütternden Eindruck gemacht, sie wußte auch nicht recht, von wem der Zar-Befreier ermordet wurde. So teilten manche Proklamationen mit, daß die Juden den Zaren Alexander II. ermordet

---

aufrecht, erfreuten sich aber auf die Dauer keines Einflusses, weil sie zu schwach waren (Kiev 36 Mitglieder, an anderen Orten 5—10.) Vgl. Axelrod „Durchlebtes und Durchdachtes", 1923, Berlin russ. Thun: „Geschichte der revolutionären Bewegungen in Russland", 1883, S. 223—245. Ludwig Kulczycki: „Geschichte der russischen Revolution", 1911, S. 340—342. Karl Stählin: „Russland und Europa", Hist. Zeitschrift, Bd. 132, 1925, S. 250 uw.

[30]) Kr. Arch. „Aus den Aussagen Rysakovs", Bd. XIX—1926 russ. S. 178—194.

[31]) Mat. Nr. 19, S. 287.

hätten, daß sie die Leibeigenschaft wieder einführen wollten, ja sogar den Thronfolger geraubt haben sollten.

Unmittelbar nach der Ermordung des Zaren, am 2. März 1881, wies der „Vilenskij Vestnik" auf die Juden als auf die Schuldigen hin „Eto delo ich ruk-dies ist ihr Werk"[32]). So ließ die Presse Gerüchte über den Zarenmörder mit der „krummen Nase" im Volke verbreiten. Das war eine Anspielung auf die jüdische Revolutionärin Hessja Helfman, die beim Attentat gegen Alexander II. keine führende Rolle gespielt hatte; ihre Zugehörigkeit zur Partei wurde aber von der antisemitischen Presse bei der Agitation gegen die Juden ausgespielt.

Von der Regierung wurden dagegen in dieser Progromperiode nur selten Beschuldigungen dieser Art gegen die Juden erhoben, da der Prozentsatz der Juden in der revolutionären Bewegung der 80er Jahre noch sehr gering war[33]). Die Begnadigung der schwangeren Hessja Helfman[34]), die hauptsächlich dem Auslande zu verdanken war, stieß aber auf heftigen Widerstand

---

[32]) Mat. Aufsatz von Krassnyj-Admoni: „Das alte Regime und die jüdischen Pogrome" russ. S. XII.

[33]) Nach den Angaben des jüdischen Revolutionären Leo Deutsch nahmen in der s. g. terroristischen Strömung der revolutionären Bewegung der 80er Jahre nur 10—12 Juden aktiven Anteil an der Agitation; in den acht größten politischen Prozessen waren unter 120 Angeklagten 10 Juden mit herangezogen, von denen bloß zwei eine wichtige Rolle gespielt hatten (Sundelewitč und Slatopolskij) und einer eine gewalttätige Tat verübt hatte (Goldenberg, ein Attentat gegen den Charkower Generalgouverneur Krapotkin). Erst im Laufe der Zeit nahm die Zahl der Juden in der revolutionären Bewegung mächtig zu. Vgl. Leo Deutsch: „Die Juden in der russischen Revolution", jiddisch, zit. nach d. Überstz. v. E. Korman, 1924, S. 61—69 russ. Buchbinder: „Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung", nach nicht veröffentlichten Materialien, russ. Leningrad 1925

[34]) Hessja Helfman, die „unintelligente Revolutionärin", wie man sie in der Partei zu nennen pflegte, wurde im Kalender des „Volkswillens" folgendermaßen charakterisiert: „Die Dichter werden ihr keine Lieder singen, die Geschichte nicht ihren Namen nennen, die Nachwelt ihr keine Erinnerung bewahren, und doch konnte die Partei ohne ihre Arbeit nicht existieren". Am Tage nach der Ermordung Alexanders II. wurde Helfman, als Geliebte des Terroristen Kolodkevič gefangen genommen; am Attentat hatte sie sich nicht direkt beteiligt. Sie wurde auch nicht zugleich mit den Attentätern hingerichtet, da sie schwanger war. Ins Ausland drangen aber Gerüchte über Mißhandlungen der schwangeren Helfman, worauf in Marseille und München vor den russischen Konsulaten Manifestationen der dortigen Revolutionäre stattfanden, die die Begnadigung der Helfman forderten. Die russische offiziöse Presse dementierte daraufhin die Gerüchte über Mißhandlungen der Gefangenen und es gelang sogar dem Gefängnisdirektor. Helfman zu beeinflussen, an den Zaren ein Gesuch einzureichen, in dem sie über die gute Behandlung der Gefängnisdirektion aussagte, angesichts ihrer Lage aber um Verbesserung der Kost bis zur Geburt des Kindes bat. Das Gesuch wurde prompt bewilligt, der Text ihres Schreibens in der ausländischen Presse veröffentlicht. Im Mai nach der Niederkunft des Kindes starb Hessja Helfman an Schwindsucht. Vgl. Kr. Arch. Ntzb. Bd. 45, S. 149. Auch A. Thun. op. zit. S. 264—266

in der patriotischen Presse; man ließ Gerüchte in Umlauf setzen, die die Rettung der „dickbäuchigen Zarenmörderin" vom Galgen einer reichhaltigen Bestechung ihrer Glaubensgenossen zuschrieben. Der aufgebauschte Fall Helfman war für die Hetzer ein willkommener Anlaß zur Erregung der Gemüter; denn von nun an glaubten die Bauern, für eine gerechte Sache zu kämpfen, nämlich Rache für den Zarenmord nehmen zu müssen. Die größte psychologische Wirkung der Agitation bestand also darin, daß den bevorstehenden Judenplünderungen die Billigung des Zaren fälschlich untergeschoben wurde.

Die Administration unternahm keine Schritte, um den Glauben an die Rechtmäßigkeit der Judenplünderungen zu zerstören, die niederen Beamten nahmen sogar an der Agitation selber teil. Gerüchte über bäuerliche Gärungen wurden hingegen aufs strengste unterdrückt. Den Anordnungen des Innenministers Ignatev gemäß unternahmen die Gouverneure Rundreisen durch ihre Provinzen und versuchten, die erregten Gemüter der Bauern zu beruhigen[35]); sie taten aber nichts zur Unterdrückung der Gerüchte über die bevorstehenden Plünderungen der Juden.

In der Überzeugung, eine dem Zaren gerechte Sache zu vollbringen, zogen die Banden der „barfüßigen Mannschaft" durch den Süden Rußlands, operierten mit den von der patriotischen Presse herausgegebenen Parolen und riefen zu Judenplünderungen auf. Unter Anführung dieser aus Neurußland zugezogenen Bauern und Arbeiterscharen brachen Mitte April 1881 judenfeindliche Ausschreitungen aus; beeinflußt durch die erregten Leidenschaften ließen sich die ansässigen Bauern Südrußlands mitreißen und gesellten sich an den meisten Orten zu dem plündernden Lumpenproletariat.

Die im April ausgebrochenen Progrome dehnten sich indessen auf über 200 Städte und Flecken aus. Ignatev, in dessen Kompetenz es lag, den Ausbruch der Pogrome zu unterdrücken und sie so schnell als möglich aus der Welt zu schaffen, unternahm keine energischen Schritte zu ihrer Liquidierung. Denn die „jüdische Frage war eine geeignete Gelegenheit, den volkstümlichen Charakter des politischen Credo Ignatevs in einer realen Angelegenheit zur praktischen Auswirkung zu bringen; andererseits hatte er selbst als Grundbesitzer eine starke innerliche Abneigung gegen die Juden"[36]): so urteilte treffend ein ihm wohlgesinnter Zeitgenosse. So konnten Ignatev die ausgebrochenen Pogrome nicht unerwünscht kommen; er verfolgte durch sein passives Verhalten noch zwei andere Ziele: einmal nämlich, durch die Judenplünderungen Verwirrung in die revolutionären Kreise zu bringen,

[35]) Kr. Arch. Bd. 145. S. 162—164.
[36]) Meščerskij, op. zit. S. 47—48.

indem zuerst die Schuld an den Pogromausbrüchen den Revolutionären zugeschoben wurde (vgl. S. 48 u. 74); zweitens, die gereizte Stimmung der wirtschaftlich unzufriedenen Bauernschaft — die für die Regierung nicht wenig bedrohlich und bedenklich war — auf die Juden ablenken zu lassen.

Resümierend ist zu sagen, daß judenfeindliche Intentionen vornehmlich der russischen Bourgeosie für den Ausbruch der Pogrome von großer Bedeutung waren, die zerrüttete Lage der Bauern die Pogrome ermöglicht hat. Auch die anomale rechtliche und wirtschaftliche Stellung der Juden in Rußland, hatte zum Ausbruch der Unruhen das ihrige beigetragen.

II. Kapitel:

Der Verlauf der Pogrome, ihr Charakter und ihre Begleiterscheinungen.

A. Die erste Periode der Pogrome vom 15. April bis 10. Mai 1881. Die Pogrome in den Gouvernements Cherson, Kiev, Ekaterinoslav, Podolien, Volynien und Taurien.

Das Jahr 1881 eröffnete für die jüdische Bevölkerung in den südwestlichen Gouvernements Rußlands eine Pogromperiode, die mehr als ein Jahr anhielt; gelegentliche Ausschreitungen gegen die Juden wiederholten sich bis zum Jahre 1884, die eigentliche Pogromwelle war mit dem Pogrom von Balta-Podolien im April 1882 abgeschlossen.

Nach der Ermordung Alexanders II. bemächtigte sich der jüdischen Bevölkerung eine schwere Unruhe, weil, wie gesagt, die „patriotische Presse" in den Märznummern ihrer Zeitungen Gerüchte über geplante Plünderungen der Juden verbreitete und ihren Ausbruch auf die nahende Osterzeit festsetzte. Auch die erregte Stimmung der Bauernschaft erreichte im März 1881 ihren Höhepunkt: die Bauern glaubten, daß ihre Aussichten auf Landaufteilung, nach dem Tode des Zaren-Befreiers zerstört seien, da die neue Regierung sich nicht zu Konzessionen für die Bauernschaft geneigt zeigte. Die wirtschaftliche Lage der Bauernschaft bot in dieser Zeit ein besonders unerfreuliches Bild: einzelne Gouvernements waren von Mißernten heimgesucht, in anderen starb das Vieh an einem Hungertyphus aus. Infolge der Konkurrenz Amerikas auf dem Weltmarkte stiegen die Brotpreise[1]); die

---

[1]) In den Jahren 1879—1881 stiegen die Preise auf Brot folgendermaßen:

Gouv. Cherson	78 kop. Pud	1.15 kop. Pud	1.24 kop. Pud
„ Ekaterinoslav . .	75 „ „	1.09 „ „	1.29
„ Poltava	61 „ „	1.09 „ „	1.12
„ Taurien	99 „ „	1.69 „ „	1.69

Vgl. Krassnyj-Admoni, Op. zit. S. XIV.

Arbeitslöhne, insbesondere die der Tagelöhner, sanken ungeheuer. Scharen der arbeitslosen und hungrigen Arbeiter und Bauern begaben sich in die südwestlichen Provinzen, wo der Bauer das beste Land besaß und wo dem Arbeiter die höchsten Löhne gezahlt wurden. Die „bosonogaja komanda" war leicht für die gewinnnversprechenden Plünderungen der Juden zu beeinflussen, denn dies Lumpenproletariat war wirtschaftlich und moralisch völlig zerrüttet; bezeichnend ist, daß die Kurve der Verbrechen im Jahre 1880 und 1881 einen rapiden Aufschwung zu verzeichnen hat: in Odessa bekennt ein „Lochmatnik"-Angehöriger dieser barfüßigen Mannschaft, daß er gestohlen habe, weil er ins Gefängnis kommen wolle, um seinen Hunger zu stillen.

Am 20. März kündigte der „Novorossiskij Telegraf" Judenplünderungen an, „weil das Volk nach dem 1. März gereizt ist und an jemandem seinen Zorn auslassen muß". Als Schuldige an der Verarmung des Volkes wurden die Juden in den Vordergrund geschoben[2]). Die größte psychologische Einwirkung hatten, wie gesagt, die Gerüchte über jenen angeblichen Ukas des Zaren, der die Judenplünderungen sanktioniert haben sollte. Da seitens der Behörden nichts unternommen wurde, um die Gerüchte zu widerlegen, hatte sich in manchen Städten die Überzeugung gebildet, daß der Zusammenstoß mit den Juden unvermeidlich sei; so zum Beispiel in der Stadt Elisavetgrad, Gouv. Cherson, wo sich die Polizei genötigt sah, für die Ostertage die Schankwirtschaften zu schließen und kleinere Militärabteilungen heranzuziehen. Solange die Hilfstruppen sich in der Stadt aufhielten, kam es denn auch zu keiner Störung der Ordnung; am 15. April aber, am zweiten Ostertage, gleich nach dem Abzug der Hilfstruppen, brach ein zwei Tage dauernder Pogrom aus[3]).

Den Anlaß zum Pogrom von Elisavetgrad bildete ein Zwist einem betrunkenen Bürger und einem jüdischen Schankwirt, der den Christen zur Tür hinauswarf. Dieser unbedeutende Vorfall war für die vor der Schankwirtschaft versammelten Menge eine passende Gelegenheit mit den Plünderungen zu beginnen. Mit dem Rufe „die Juden mißhandeln die Christen" überfiel die aufgehetzte Menge jüdische Häuser und Läden, plünderte jüdische Schankwirtschaften und belästigte jüdische Passanten. Die amtliche Untersuchung gab folgende Schilderung des Pogroms: „Die Straßen, in denen einzelne Banden plünderten, waren mit Daunen und zertrümmerten Möbeln bedeckt, Türen und Fenster einge-

[2]) „Schlaget die Juden, die das Brot ins Ausland schicken", heißt es in einem Aufruf zur Plünderung der Juden. Mat. N. 3.

[3]) Die Schilderungen der Pogrome sind vornehmlich den amtlichen Berichten der Behörden und auch gelegentlich der Presse entnommen worden. Zur Ergänzung sind die Tabellen I u. II heranzuziehen, wo übersichtlich Ort, Tag und Dauer des Progroms angegeben ist.

schlagen. Die Menge bestand aus Bauern, die aus der Umgegend zugezogen waren, aus Ladenverkäufern, Gasthausdienern, Handwerkern, Kutschern, Offizieren und anderen".

Die Polizei war an den meisten Stellen abwesend oder stand in Erwartung von Instruktionen ratlos da. In der Nacht vom 15. bis 16. April, während die Plünderer sich organisierten und die Stadtbezirke untereinander verteilt hatten, traf die Polizei keine Vorbeugungsmaßnahmen. Die Passivität der Behörden trug zur Verbreitung der Ausschreitungen vieles bei, denn überall hörte man die Ausrufe „Man darf also die Juden hauen, haut sie!". Auch die Gleichgültigkeit der christlichen Gesellschaft trat schon bei diesem ersten Pogrom zutage, denn es gesellte sich zu der plündernden Menge eine Masse Neugieriger, die aus Frauen und Kindern der Intelligenz bestand und dem Vernichtungswerk gleichgültig beiwohnte. Erst am 17. April, nach dem Eintreffen von frischen Truppen, konnte die Ruhe in Elisavetgrad wiederhergestellt werden. Am selben Tage wurde eine außerordentliche Sitzung der Stadtduma durch den in Elisavetgrad eingetroffenen Gouverneur Erdeli einberufen, in der beschlossen wurde, die Versorgung der Geplünderten zu übernehmen. Man stellte außerdem fest, daß den eigentlichen Schaden während der Pogrome die ärmsten Stadtbezirke der Juden davongetragen hatten, die reicheren jüdischen Viertel hingegen, durch bezahlte Polizeiposten beschützt, unversehrt geblieben waren. Obwohl die Inspirationen das Volk zur Abrechnung mit den jüdischen „Ausbeutern und Blutsaugern" aufriefen, wiederholte es sich in allen Pogromen, daß in der Hauptsache die Armen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Es zeigte sich alsbald, daß das Volk nicht bewußt gegen die Juden sich erhob, sondern den Anweisungen gewisser Schichten folgte und die wehrlose Bevölkerung plünderte. Zur selben Zeit, in der die Geplünderten in Schutz genommen wurden und die Ordnung wiederhergestellt werden sollte, erlaubte Erdeli, ein Komitee zugunsten der Plünderer zu gründen[4]), das auch alsbald durch die Elisavetgrader Stadtverwaltung errichtet wurde und Spenden zugunsten der festgenommenen Plünderer entgegennahm. Dieser Vorfall, der später als ein von der Administration begangener Fehler hervorgehoben wurde, kennzeichnet das Verhalten der Ortsbehörden während der Pogrome der 80-ger Jahre. Öffentlich verurteilten sie die Pogrome, durch Unterstützung der Plünderer brachten sie aber allzu deutlich die Billigung der Vorgänge zum Ausdruck; ihre Stellung zu dem Geschehenen übertrug auf die Masse das Gefühl, daß ihr Tun rechtmäßig sei.

Die Gerüchte über den gelungenen Pogrom verbreiteten sich schnell in der Umgegend und als die Bauern das zusammenge-

[4]) Mat. Nr. 116, S. 281.

schleppte Gut zu Gesicht bekamen, glaubten sie aufrichtig an die Existenz eines Zarenukas zur Plünderung der Juden. In der Nacht zum 17. April begannen kleinere Plünderungen im Elisavetgrader Kreise und dehnten sich im Laufe der folgenden Tage auf 17. Dörfer und Flecken im Gouvernement Cherson aus. Der Eifer der Beamten bei der Unterdrückung der Unruhen auf dem flachen Lande ging hier jedoch sa weit, daß sie die Plünderer zur „Belehrung" einer Leibesstrafe unterzogen und auf diese Weise die Ausschreitungen auffallend schnell liquidierten. Diese Haltung der Beamten, der man sonst noch ganz selten in der ganzen Pogromperiode begegnet, wurde in der amtlichen Untersuchung auf ihre „Echtheit" geprüft. Man glaubte sie einer reichlichen Bestechung der Juden zuschreiben zu müssen, weil dieses energische Vorgehen des Militärs über den Bereich seiner Kompetenzen hinausging[5]). In den Kreisen der höheren Verwaltungsbeamten herrschte hingegen die Überzeugung, daß allzu strenge Maßnahmen gegenüber den Plünderern im Volke den unerwünschten Eindruck einer Begünstigung der Juden erwecken könnten[6]). An anderen Orten konnten daher die Plünderungen ungehindert vollbracht werden.

Im Kreise Alexandrowsk wurden 13 Dörfer, eine Eisenbahnstation und eine Stadt von Pogromen heimgesucht. In Ananev wurde ein Pogrom entfacht, weil die Polizei die Hauptanstifter aus der Haft entließ und ihre Gleichgültigkeit an der Wiederherstellung der Ordnung kund gab. Zu kleineren Ausschreitungen kam es in der Zeit vom 17. bis 28. April in Golza und Olviopol, Ananever Kreis; ein regelrechter Pogrom entwickelte sich dagegen im Dorfe Beriosovka, der eine halbe Million Rubel Schaden verursachte. Beriosovka an der Grenze der Kreise Odessa, Tiraspol und Ananev, stand im ständigen Kontakt mit der Umgegend; beeinflußt durch die Vorgänge in der Nachbarschaft eröffneten die Bauern einen 48 Stündigen Pogrom und entfachten einen fürchterlichen Brand, der die jüdischen Familien in die Steppe jagte. Erst beim Anbruch des nächsten Tages gelang es, die aus Furcht in der Umgebung zerstreuten jüdischen Kinder unter den Schutz der deutschen Kolonisten aus dem Nachbardorfe Rohrbach zu bringen[7]).

Kleinere Ausschreitungen wiederholten sich auch in den Städten Nikolaev, Cherson und Kišenev[8]). Abgeschlossen wurden

[5]) Das Militär handelte hier, wie auch in Smela völlig selbständig und bestrafte die Plünderer lediglich deshalb, weil sie höhere Militärpersonen angegriffen hatten.

[6]) Mat. Nr. 62, S. 25.

[7]) Mat. Nr. 13. S. 256.

[8]) Erst im Jahre 1903 brach in Kišenev ein blutiger Pogrom aus, der als „Kišenever Gemetzel" bekannt ist (50 Juden kamen dort um) und als Beispiel für einen typischen Pogrom in Russland dient.

die Pogrome im Gouv. Cherson mit dem vom 3.—8. Mai dauernden Pogrom in Odessa. Das Nahen der Osterzeit, die den Odessaer Juden schon manche unheilvolle Stunden bereitet hatte und das Gerede vom 10-jährigen Jubiläum des Pogroms von 1871, veranlaßte die Juden, die Administration zu bitten, die Bevölkerung vor den angekündigten Plünderungen zu schützen.

Als erste Maßnahme veranlaßte der Gouverneur von Odessa Dondukov-Korsakov die Überwachung der von auswärts zugezogenen Arbeiter, die Durchsuchung der Nachtherbergen und die Festnahme der Müßiggänger (diese Maßnahme erwiesen sich auch später in Smela als ausreichend), widerrief die falschen Gerüchte und beschwichtigte die erregte Stimmung durch Veröffentlichung beruhigender Artikel. Aus diesem Grunde hatten die zahlreichen Zusammenstöße keinen erheblichen Schaden zuru Folge, denn die Polizei war den Plünderern stets auf den Fersen. Auch hier glaubte das Volk fest an die Rechtmäßigkeit seines Tuns. „Der Zar habe die kramola auszurotten befohlen, ihre Träger seien ja die Juden", lautete die Parole der Plünderer. Dies war eine Anspielung an das am 6. Mai von Ignatev erlassene Zirkular zur Unterdrückung der Pogrome. „Die Erhebung gegen die Juden", heißt es dort, „hat gezeigt, wie dem Throne ergebene Menschen, unter dem Einfluß der „kramolniki" sich zu willkürlichen Handlungen verführen lassen können". Im Namen des Zaren rief Ignatev die Bevölkerung zum Kampfe gegen die Revolutionäre, die die Pogrome hervorriefen und beteuerte, die Juden von den Leidenschaften der Massen in Schutz zu nehmen. Dieses anscheinend zum Schutz der Juden erlassene Zirkular wurde von den Rädelsführern des Pogroms auf eigene Weise gedeutet. Sie identifizierten, sich auf den Fall Helfman stützend (vgl. S. 40), die Juden mit den Revolutionären und beriefen sich auf das Zirkular des Innenministers, das die Revolutionäre auszurotten befahl; so wurde das einzige zum Schutze der Juden erlassenen Zirkular zu ungunsten der jüdischen Bevölkerung gedeutet[9]).

Merkwürdigerweise befanden sich unter den Festgenommenen im Pogrom von Odessa 150 Juden, denn die Polizei hatte gemäß den Befehlen der Behörden alle mit Waffen versehenen Personen verhaftet. Durch das Einschreiten der Polizei war auch die Selbstverteidigung der jüdischen Studenten gehindert worden.

Der Pogrom von Odessa bewies, daß die Unterdrückung der Ausschreitungen einzig und allein von den Behörden abhänge. Denn Ignatev überließ es den einzelnen Gouverneuren, Sorge für die Ordnung zu tragen. Ein Zirkular des Gouverneurs gab am 6. Mai den Polizeimeistern und Bezirksvögten Anweisungen, nur

[9]) Ev. Enz. Aufsatz von J. Hessen, Bd. XII, S. 61.

in den „dringendsten Fällen" Protokolle während der Pogrome aufzuzeichnen und Plünderer festzunehmen[10]). Die jüdische Bevölkerung wurde auf diese Weise für die Dauer der Pogrome von der Gesinnung der einzelnen Gouverneure abhängig. Nur wenige unter diesen versuchten aber ernstlich, den Pogromen vorzubeugen und sie zu unterdrücken. So erließ der Gouverneur von Poltava Bilbassov nach den Ausschreitungen in Konotop — 28. April — einen Aufruf, der die Handlungsweise der Plünderer aufs schärfste verurteilte. „Ehrliche Leute verwandelten sich zu Dieben, rechtgläubige Familienväter verdienen verbannt zu werden. Macht halt, kommt zur Besinnung", rief Bilbassov den Plünderern zu. Der Charkover Gouverneur Sviatopolk-Mirskij betonte in einem Appell, daß die Juden wie alle Untertanen unter dem Schutze der Regierung stünden, und daß deshalb nur Diebe und Räuber mit den Unruhen sympathisieren können[11]). Auch die Gouverneure von Vilna und Smolensk ermahnten die Bevölkerung, zur Vernunft zurückzukehren, und wiesen als einzige auf die Sinnlosigkeit der zirkulierenden unbegründeten Gerüchte über das Bestehen eines Ukases zur Plünderung der Juden hin.

Nicht an allen Orten jedoch waren die Gouverneure judenfreundlich gesinnt. Kiev, die „Mutter der russischen Städte", die von jeher eine große jüdische Bevölkerung zählte, wurde von dem von allen gefürchteten General Drenteln verwaltet. Drenteln, Generalgouverneur der Provinzen Kiev, Podolien und Volynien, nahm den Juden gegenüber eine eindeutig negative Stellung ein und verschuldete durch absichtliche Passivität einen dreitägigen Pogrom in Kiev, wie auch die Ausdehnung der Unruhen auf die ganze Umgegend.

Die Kiever Polizei schien bestimmte Nachrichten über den, durch die typischen Gerüchte festgesetzten, Tag der Plünderungen gehabt zu haben, denn sie warnte die Juden ausdrücklich davor, die Läden am 26. April — Tag des späteren Pogromausbruches — zu öffnen. Nach den ersten Versuchen, am 23. April einen Pogrom zu entfachen, entstand eine große Panik in der jüdischen Bevölkerung; die Behörden gingen aber auf die Bitten der Juden, Hilfstruppen nach Kiev heranzuziehen, nicht ein. Die stereotype Antwort Drentelns, die er den Juden gab, war für sein Verhalten bezeichnend. Sie lautete: „Die russische Armee würde nicht ausreichen, wollte man an alle Orte, wo Juden wohnen, Militär schicken[12])." Danach richtete sich der Gouverneur auch bei

---

[10]) Mat. Nr. 22, S. 289.

[11]) Vos. Inn. Rund. „Manifest des Gouverneurs Bilbassov" S. 83, 1882. Auch Linden, „Judenpogrome in Rußland", 1909—1910, S. 30.

[12]) Mat. Nr. 69, S. 395—410, Denkschrift des Grafen Kutaisov über die Pogrome im Gouv. Kiev. Nr. 60, S. 19 u. Nr. 103, S. 44. Telegramme Drentelns und seine Denkschrift vom 3. Mai.

der Verteilung der Polizei in die einzelnen Stadtbezirke, und ließ die Vorstädte ohne militärischen Schutz.

Am 26. April überfiel ein organisierter Pöbel, ohne Anlaß und Zwischenfall, die jüdischen Häuser in Kiev und wütete ungehindert den ganzen Tag. Zu der „barfüßigen Mannschaft", die sonst in den Dneprhäfen herumlungerte, gesellten sich Schwarzarbeiter, Tagelöhner, Handwerker und auch bürgerliche Elemente. Der Polizei war es verboten, bei der Unterdrückung des Pogroms Gummiknüppel, geschweige schon Waffen, zu benutzen, weil strenge Maßnahmen, hieß es, das Volk noch mehr entzünden und die Unruhen zu einem Aufstand verwandeln könnten. Militär war an den geplünderten Stellen kaum vorhanden, da es zur Bewachung der Waffendepots abkommandiert war. Die Behörden machten später geltend, daß sie den Charakter der Unruhen bei ihrem Ausbruch nicht hätten definieren können, sondern zunächst glaubten, daß ein Volksaufstand die Stadt bedrohe; deswegen hätten ihre Schutzmaßnahmen nur der Bewachung der Stadt gegolten. Mittlerweile verbreitete sich aber der Pogrom in der ganzen Stadt, das Straßenbild im Podol — im jüdischen Viertel — bot erschreckende Szenen. Die Vermittlungsversuche des an Ort und Stelle erschienenen Gouverneurs Drenteln wurden nicht beachtet. Der Pöbel zerstörte die Synagoge, riß die Thorarollen in Fetzen und stampfte sie in den Schmutz. Die christlichen Einwohner schützten sich durch Ausstellen von Heiligenbildern in den Fenstern, und durch Kreuzzeichen an den Türen, vor der Zerstörungswut des Pöbels; zur Feststellung der Konfession unterzog aber die Menge Personen, die sich für Christen ausgaben, einem Verhör und zwang sie, das Gebet „otče naš" zu sprechen. Der Höhepunkt der Verwüstung wurde in der Nacht vom 26. bis 27. Apri in der Vorstadt Demievka erreicht. Dort wütete der bis zur Besinnungslosigkeit betrunkene Pöbel, vergewaltigte die Frauen und steckte Häuser in Flammen, wobei Menschen umkamen. Erst am Abend, nachdem sich der Pogrom von selbst gelegt hatte, erhielt man Befehl, mit Waffengewalt vorzugehen[13]).

Die Behörden bemühten sich, diese furchtbaren Pogrome von Kiev und Demievka, die trotz der Anwesenheit des Militärs zu solchen Dimensionen gelangten, durch Vorwände und Ausflüchte zu entschuldigen, denn diese Pogrome riefen die besondere Mißbilligung des Auslandes hervor[14]). Der Gouverneur Drenteln be-

[13]) Mat. Nr. 69, S. 399 u. 401.

[14]) Während die Behörden die Schuld der Militärpersonen an den Pogromen völlig übergingen, war es gerade Alexander III., der auf diese Erscheinungen reagierte und auf die Tatsache hin, daß in den Reihen der Plünderer ein Lieutenant eines Reservebataillons sich befand, eine Randbemerkung schrieb: „Unverschämt, ein würdiger Offizier!" Vgl. Kantor. § 5, S. 151—152.

schuldigte in einem Zirkular die Rabbiner, durch falsches Benehmen die Pogrome verursacht zu haben. Der „Regierungsbote" in Petersburg brachte eine lakonische Meldung, daß in Kiev einige Juden ausgeplündert und verprügelt worden seien, die Ordnung aber sofort mit Hilfe von Truppen wiederhergestellt worden wäre[15]). Die Gerüchte über die Grausamkeiten dieses Pogroms gelangten aber trotzdem ins Ausland. Aus „Rücksicht" auf den österreichischen Minister des Innern wurde seine durch den Botschafter übermittelte Bitte, die österreichischen Staatsbürger, hauptsächlich die des jüdischen Glaubens, zu schützen, erfüllt. Man erließ an Drenteln die Anweisung, den Schutz insbesondere dieser Bürger zu verstärken, obwohl man überzeugt sei, so hieß es in der Korrespondenz Ignatevs an den Minister des Äußern von Giers, daß Drenteln alles anwende, um die friedlichen Bürger vor den Belästigungen zu beschützen[16]). So war es vielfach einzig und allein die Angst vor der Einmischung ausländischer Mächte, die die, in bezug auf den Schutz der Juden untätigen Behörden, zu unverzüglichen Maßnahmen anspornte.

Die Kiever Vorgänge dienten als Signal für die Bauern der Umgegend. Nach Žitomir ziehende Bauern gesellten sich daraufhin zu der „bosonogaja komanda" und schickten sich gemeinsam an, den angeblichen Ukas des Zaren zu vollziehen. Der Glaube an die Existenz eines Zaren-Befehls ging so weit, daß ein Dorfschulze im Černigover Kreis den Bauern, die nicht gewillt waren, Juden zu plündern, eine schriftliche Bescheinigung ausstellen mußte, daß sie wegen ihrer Untätigkeit bei den Pogromen nicht zur Verantwortung gezogen würden. An anderen Orten brachen die Bauern die Plünderungen am dritten Tage ab, „weil der Zar befohlen hatte, bloß drei Tage die Juden zu plündern".

In Obuchov, Kiever Kreis, versuchten die Bauern das Gut des Fürsten Gorčakov zu überfallen, sie wurden aber durch die Polizei verdrängt und wagten sich nicht mehr heran, nachdem die Weinkeller mit Regierungssiegeln versehen worden waren. Dieses war der einzige Fall, wo ein Christ bei den Pogromen angegriffen wurde; überall waren die Plünderungen bewußt nur gegen die Juden gerichtet[17]).

In der Stadt Berdičev — ein großes jüdisches Zentrum mit 80 % Juden — gelang es dem organisierten jüdischen Selbstschutz

---

[15]) Vosch. Maiheft 1881, Inn. Rnd. „Zirkular an die Rabbiner", S. 84 und S. Dubnow: „Die neueste Geschichte des jüdischen Volkes", 1923, Bd. 3, S. 117.

[16]) Mat. Nr. 91—92, S. 37—38.

[17]) Der Fall Gorčakov ist auf die nur sehr wenig verbreiteten Proklamationen der Revolutionäre zurückzuführen, in denen die Bevölkerung zur Abrechnung mit allen Besitzenden, nicht nur mit den Juden, aufgerufen wurde. Vgl. Proklamation „Die Panen und die Gutsbesitzer zu schlagen", Mat. S. 114—116.

mit Unterstützung des Polizeimeisters, die betrunkenen Banden zu verdrängen. Die eingeschüchterten Juden verließen aber in Massen die Stadt und verwahrten ihr Vermögen bei gutgesinnten christlichen Nachbarn; die Reichen begaben sich ins Ausland.

In Žmerinsk-Podolien, in Voločisk-Volynien und in Konotop-Černigov wiederholten sich die schon an anderen Orten geschehenen Vorgänge; die Plünderer dürsteten danach, Rache an den Juden zu nehmen, die die „dickbäuchige Jüdin, die Zarenmörderin" vom Galgen befreit hätten.

Die Kiever Behörden ließen indessen am 3. Mai in Smela, Gouv. Kiev, Čerkasser Kreis, noch einen grausamen Pogrom zu. Durch Bürger und einflußreiche Dvoriane geleitet, stürzte der mit Kolben und Knütteln bewaffnete Pöbel auf das jüdische Viertel. Die Menge wuchs bald auf 7000—8000 Menschen an — Smela selbst hatte nur 15 000 Einwohner und darunter 50 % Juden, 4000 Arbeiter waren aber aus der Umgegend zugezogen — und reagierte auf die Drohungen der Polizei mit dem üblichen „wage nicht zu schießen!" Durch die trotz allem abgefeuerten Salven geriet der Pöbel in außerordentliche Erregung: die Truppen wurden ohne Scheu angegriffen, höhere Militärpersonen mißhandelt. Erst nach 26 Stunden trafen Hilfstruppen in Smela ein; unterdessen wurde aber das Städtchen völlig zerstört. Augenzeugen berichteten, daß Bauern ungehindert Fuhrwerke mit geraubten Gegenständen in die Nachbardörfer brachten und dann zurückkamen und die Fuhren von neuem füllten. Der Schaden des zweitägigen Pogroms in Smela wurde auf 150 000 Rubel taxiert, sechs Menschen wurden getötet, 36 verletzt. Die geplünderte jüdische Bevölkerung blieb völlig mittellos, das zu ihren Gunsten gegründete Komitee konnte nur geringe Hilfe leisten[18]).

Nach dem Vorbild von Smela veranstalteten 12 benachbarte Flecken Pogrome; zu besonderen Greueltaten kam es im Dorfe Beresnjaki, wo die Bauernsotniki und die Wohlhabenden der Bauerngemeinde am Pogrom aktiv teilnahmen: ein jüdischer Knabe, der sich vor den Verfolgern retten wollte, wurde ins Wasser geschleudert, ein Greis ohne Mitleid getötet.

Vom 1. bis 6. Mai fanden auch Pogrome im Gouvernement Ekaterinoslav statt, die auf von Kiev ausgehende Einflüsse zurückzuführen waren[19]). In Alexandrowsk entfachten die am 1. Mai zur

---

[18]) An das zugunsten der Kiever Juden eingerichtete Komitee wandten sich Familien aus 16 Städten und 53 Dörfern um Hilfe „um nicht des Hungers zu sterben". Zum größten Teil Handwerker, Schankwirte, kleinere Angestellte, Lehrer der Chedarim und Schwarzarbeiter. Vgl. Rus. Ev. 1882, Bericht des Hilfskomitees vom 29. April bis zum 1. Oktober, S. 222.

[19]) Mat. Nr. 73, S. 430—449. Nr. 174; S. 116—130; Nr. 77, S. 455—456. Denkschriften zu den Pogromen im Ekater Gouv. u. in den Kolonien.

Maifeier versammelten Arbeiter einen Pogrom. Obwohl der Gouverneur Durnovo am nächsten Tage an die Unterdrückung der Unruhen ging, erreichte doch der angerichtete Schaden die Summe von 125 000 Rubel. Im Alexandrower Kreis verschuldeten Beamte der Volost' und Dorfverwaltung die Verbreitung der Unruhen; in Preobraženskoje wies der Dorfälteste Juden, die ihr Vermögen bei ihm aufbewahren wollten, ab, und gab es der raubenden Menge preis. An einem anderen Orte leistete ein Priester Beistand den Plünderern. Man begnügte sich in der Umgegend nicht nur mit Dorfüberfällen, sondern lauerte den Juden auf den Landstraßen auf, beraubte und mißhandelte sie. In manchem Flecken hingegen richteten Bauern bei den Juden nur scheinbaren Schaden an, um, wie sie sagten, die Behörden zufrieden zu stellen, und die Vorschriften des Zarenukases nicht zu verletzen.

Schwer beschädigt, ja fast vernichtet, wurden die jüdischen Kolonien in den Kreisen Mariupol und Alexandrowsk (gegründet unter Alexander I.). An diesen Plünderungen nahmen hauptsächlich die in der Nachbarschaft wohnenden Kronbauern teil, die auf dicht beladenen Fuhrwerken samt Frau und Kind erschienen waren, um dem Zarenukas gemäß die Juden zu plündern. Die Kolonisten von Mežerič Trudoljubovka und Nečaevka behielten nach den Plünderungen nichts als ihre Kleider am Leibe, Vieh, Haus und Landwirtschaftsgeräte wurden gestohlen, ihre Häuser und die Synagoge in Brand gesteckt. Die jüdischen Kolonisten von Grafskoe flüchteten sich vor einem Pogrom in die deutsche Nachbarkolonie Marienfeld. Die Plünderer vernichteten auch das menschenleer gewordene Grafskoe, begaben sich dann nach Marienfeld und forderten die Auslieferung des dort aufbewahrten jüdischen Vermögens. Auf wiederholtes Drängen der Bauern jagten die Deutschen die unter ihrem Obdach sich befindenden Juden heraus und gaben das jüdische Eigentum der Plünderung frei[20]).

In die geplünderten Kolonien wurde ein Verwalter der Reichsdomänen, Ticheev, entsandt, der den erlittenen Schaden festzustellen und die Kolonisten bis zur nächsten Ernte mit Brot zu versorgen hatte; eine Summe von etwa 2000 Rubel wurde von der Regierung zur Wiederherstellung der Häuser zur Verfügung gestellt.

Auch im Nachbargouvernement Taurien faßte die Überzeugung von der Gesetzmäßigkeit der Pogrome festen Fuß in der Bevölkerung. Der folgende Vorfall in der Stadt Melitopol ist dafür charakteristisch: An einem Feiertage fiel der Polizei ein 7jähriges Mädchen auf, das ziellos in den Straßen herumirrte. Nach ihrem Verhör stellte es sich heraus, daß das Kind aus einem

[20]) Denkschrift des Grafen Kutaisov Mat. Nr. 73, S. 436.

sieben Werst von Melitopol entferntem Dorfe komme, um den Auftrag seiner Großmutter, die befahl, Beute von den Judenplünderungen mitzubringen, und das Kind zu diesem Zwecke in die Stadt schickte, zu erfüllen. „Man sagt, daß in der Stadt Juden gehauen werden, geh hin und bring ein Tüchlein mit", lauteten die Worte der Großmutter[21]).

Diese Stimmung entlud sich auch alsbald in der üblichen Form, und am 4. Mai begannen die Plünderungen. Die Plünderer handelten hier aber, wie es sich bald herausstellte, nicht im Einvernehmen mit der gesamten Bauernschaft. Denn die Dorfgemeinde von Orechowka erließ nach dem Pogrom ein s. g. „prigowor-Urteil", indem sie ihre Verachtung den Plünderern gegenüber aussprach und strenge Bestrafung für sie verlangte.

Die Einwohner der benachbarten Stadt Berdjansk fühlten sich aber getroffen, daß die Juden in Erwartung eines Pogroms, die Behörden um verstärkten Schutz der Stadt baten, und reichten ihrerseits Ende April auch ein s. g. „prigowor" an den Gouverneur von Taurien ein. Dieser „prigowor", der die „schmähliche Denunziation" der Juden angriff fand keine Unterstützung bei den Behörden, denn der Widerspruch zwischen den Unschuldsbeteuerungen der Berdjansker Bürger und ihren plündernden Nachbarn in Orechow, war allzu offensichtlich. Am 11. Juli wurde dieser „prigowor" von der Berdjansker Gouvernementsverwaltung als „gesetzwidrig" abgelehnt und der Verfasser dieses Schreibens, der Bürgerstarosta Griško, seines Amtes enthoben[22]).

Angesichts der Verbreitung der Ausschreitungen in Taurien, kommandierte der Gouverneur Kavelin in die Dörfer Militärtruppen, die durch die einzelnen Dorfgemeinden gespeist und ausgehalten werden mußten; dadurch sollten die Bauern ihre Schuld für ihre Beteiligung an den Pogromen büßen. Sobald aber flehentliche Bittschriften einiger Dorfgemeinden beim Gouverneur eingegangen waren, die baten, man möge die Ausschritungen der „schlechten Elemente" unter ihren Mitbürgern verzeihen, erfolgte die Abberufung der Truppen, die die verarmten Dörfer aufs schwerste belasteten[23]).

B. Das Militärgericht von Kiev und die zweite Pogromperiode von Ende Juni 1881 bis April 1882, die Pogrome in den Gouvernements Poltava, Černigov, in der Stadt Varschau und Balta-Podolien (Auszug).

Die vielen Pogrome, die fast gleichzeitig an verschiedenen Orten aufloderten, waren bei ihrer Unterdrückung durch ein

---

[21]) Denkschrift über die Pogrome in Taurien, Mat. Nr. 51, S. 367.
[22]) Anklage der Berdjansker Bürger Mat. Nr. 56, S. 373—376. Nr. 58, S. 376—378.
[23]) Mat. Nr. 61, S. 380—381; Nr. 54, S. 372—373.

passives Verhalten der Ortsbehörden und durch indifferente Haltung der christlichen Nachbarn, gelegentlich auch durch Ausfälle, wie die der Bürger von Berdjansk, begleitet; auch das Verhalten der höheren Beamten war durch völlige Gleichgültigkeit gekennzeichnet. Die Pogrome riefen aber die Verwunderung des Zaren hervor, denn wenn Alexander III. auch keine besondere Sympathie für die Juden empfand, konnte er sich eines Gefühls des Mitleids nicht erwehren: „Es sei unmöglich", vermerkte er auf dem Telegramm über den Pogrom von Beriosowka, „daß das Volk von niemandem gegen die Juden aufgehetzt wird"[1]). Der Zar sprach hier den Verdacht aus, daß die Pogrome auf Betreiben der revolutionären Partei, die dadurch einen gegen die Regierung gerichteten Aufstand herbeiführen wollte, hervorgerufen seien. Alexander III. ließ daher eine Untersuchung über die Pogromausbrüche einleiten, die ergeben hatte, daß die Ursachen der Pogrome anderswo zu suchen seien (vgl. S. 78). Mittlerweile trat aber in den Kreisen der Verwaltungsbeamten eine Wendung zuungunsten der Juden ein. Dies kam schon deutlich in den Prozeßverhandlungen zum Ausdruck.

Auf Anraten des Gouverneurs Drenteln, übergab man die festgenommenen Anführer der Pogrome im Gouvernement Kiev einem außerordentlichen Militärgericht, die passiveren Teilnehmer schickte man „etapom" in ihre Heimat zurück. Dieser Vorschlag Drentelns wurde mit besonderer Billigung des Zaren angenommen, denn die Regierung wünschte den Gang der Gerichtsverhandlungen zu beschleunigen und die Sache möglichst schnell aus der Welt zu schaffen. Die Ergebnisse des Kiever Prozesses hatten aber alle ihre Erwartungen übertroffen; in den höheren Schichten erwartete man zwar nachsichtige Strafen für die Massen der Plünderer, strengere für die Rädelsführer der Pogrome[2]). Der an der Spitze des Kiever Militärgerichts stehende Strelnikov brachte aber schon in den ersten Verhandlungen seine judenfeindliche Gesinnung ans Licht. Obwohl der Vertreter der jüdischen Kläger, Fürst Urussov, die entfachten „tierischen Instinkte" der Massen öffentlich verurteilte, gelang es Strelnikov, den Prozeß in einen „Akt der Beschuldigung" gegen die Juden, wie es die Presse formulierte, zu verwandeln. Während einer Verhandlung, als die gereizte Stimmung ihren Höhepunkt erreichte, rief Strelnikov den Juden zu, daß die Westgrenze ihnen offen stehe, und ersuchte sie, sich dieser zu bedienen. Diese eindeutige Aufforderung, Rußland zu verlassen, verursachte den Beginn einer großen jüdischen Auswanderung aus Rußland (vgl. S. 87 . . .).

Das Gericht stellte ferner fest, daß kein organischer Zusam-

[1]) Kantor, op. zit. § IV, S. 151.
[2]) Ignatev an Drenteln, Mat. Nr. 133 und Nr. 134, S. 62.

menhang zwischen den einzelnen Plünderern bestehe; es wurden daher auffallend milde Strafen gefällt: einige Plünderer wurden nachsichtig bestraft, die meisten freigesprochen. Die amtliche Untersuchung stellte später fest, daß die milden Urteile die Hoffnungen der Regierung nicht erfüllt hätten. Auch der Zar gab seiner Unzufriedenheit durch eine Randbemerkung auf dem Berichte der Prozeßverhandlungen kund: „die Handlung des Gerichtes sei unverzeihlich“[3]). Die Freilassung der Plünderer verursachte große Erregung in der jüdischen Gesellschaft. Die Voločisker jüdische Gemeinde ersuchte Ignatev, die judenfeindlich gesinnten Beamten zu entlassen und die Freilassung der Plünderer einzustellen, weil sonst neue Exzesse zu befürchten waren. Auch die christliche Öffentlichkeit protestierte, zum Teil nur aus egoistischen Motiven, gegen die milde Urteilsfällung Strelnikovs. Ein Varschauer Gutsbesitzer befürchtete, daß angesichts der leichten Strafen die Bauern sich gegen den Adelstand erheben würden[4]). Alle diese Proteste blieben ohne Wirkung, und Ende Mai kam die den Juden gegenüber eingenommene Haltung der Behörden wieder zum Ausdruck. Man begann Juden, die ohne Aufenthaltsgenehmigung in Kiev, das außerhalb des erlaubten Rayons lag, ansässig waren, auf grausame Weise auszuweisen. Der Polizeimeister von Gübenet unternahm diese „Säuberung“ auf eigene Faust und befahl Familien, deren Ausweise ihre Gültigkeit verloren hatten, die Stadt binnen drei Tagen zu verlassen[5]). Nach dem Vorbilde Kievs wurden auch in Charkov und Odessa „Oblavas-Razzias“ gegen die jüdische Bevölkerung durchgeführt.

Da der Südwesten in engen Handelsbeziehungen mit den Industriezentren Großrußlands stand, wirkten die Pogrome, die Vernichtung des jüdischen Eigentums und die Ausweisungen auf das gesamtwirtschaftliche Leben Rußlands. Der Handel war während der Pogrome ins Stocken geraten: Jahrmärkte mußten infolge des Ausbleibens der jüdischen Kaufleute ausfallen, die Waren häuften sich und fanden keinen Absatz. „Viele Käufer bitten um Stundung, und manche zahlen sogar „nepolnym rublem“, berichtete Ende Mai der Großindustrielle Morosov — Sohn des bekannten Millionärs Savva Morosov — dem Innenminister über die Auswirkungen der Pogrome, und bat im Interesse des Vaterlandes, die Pogrome aufs schärfste zu unterdrücken, da sie auch die christ-

---

[3]) Kantor, op. zit. § XI, S. 154.

[4]) Mat. Nr. 149, S. 85—86.

[5]) Seit 1879 durften zwar die Juden „bis zu einer Änderung der Bestimmungen“ ohne Aufenthaltsrecht in Kiev ansässig sein, aber ungeachtet dessen wurden erst im Jahre 1882 die willkürlichen Ausweisungen von Gübenet durch den neuen Innenminister Grafen Tolstoj eingestellt.

liche Bevölkerung in Mitleidenschaft ziehen[6]). Tatsächlich erreichten auch die Nikolskaja jarmarka in Poltava und die Voznesenskaja in Romny nur die Hälfte des Umsatzes vom Jahre 1880, der Jahrmarkt von Balta fiel wegen des Pogroms völlig aus. Auch die Moskauer Kaufleute wandten sich an das Börsenkomitee mit der Bitte, die Ordnung während der Jahrmärkte zu sichern.

Jedoch alle diese Bemühungen waren erfolglos. Denn die Behörden unternahmen auch weiterhin keine Schritte, die durch die Urteilssprüche noch mehr aufgehetzten Gemüter zu beruhigen. So kam es dazu, daß im Sommer 1881 die südwestlichen Gouvernements von neuen Pogromen heimgesucht wurden.

Am 30. Juni 1881 brach in Perejaslavl', Gouvernement Poltava, wo viele jüdischen Familien aus Angst vor der Wiederholung der Pogrome in ihrer Gegend, sich im Frühjahr niederließen, ein Pogrom aus, der auf besondere Ursachen zurückzuführen war und auch ein eigenartiges Nachspiel zur Folge hatte[7]).

Anfang Juni 1881 hatten 420 Bürger Perejaslavls die sofortige Ausweisung der in ihrer Stadt neuangesiedelten Juden beantragt; die Gouvernementsverwaltung lehnte jedoch diese Forderung ab, ihre Entscheidung in dieser Frage aber wurde der Bevölkerung nicht bekanntgegeben. Die Unzufriedenheit gegen die Juden stieg und dr am 30. Juni ausgebrochene Pogrom dauerte bis zum 3. Juli. Am 2. Juli traf zwar in Perejaslavl der Gouverneur von Poltava, Bilbassov, ein, aber auch ihm gelang es nicht, die Menge durch eine Ansprache zu beschwichtigen, der Gebrauch von Waffen war indessen gemäß den Instruktionen des Innenministers bei der Unterdrückung der Pogrome nach Möglichkeit zu vermeiden[8]). Nachdem die in den Pogromtagen festgenommenen Plünderer auf Drängen der Menge aus der Haft entlassen wurden, dauerte der Pogrom in Gegenwart von Bilbassov ungehindert noch einen Tag.

Zur Klärung der Ursachen des Pogromausbruchs, wie auch zur Regelung der gespannten Beziehungen zwischen Juden und Christen wurde von Bilbassov ein Komitee, das aus amtlichen Personen, wie auch aus vier christlichen und drei jüdischen Abgeordneten der Stadtduma bestand, einberufen. Die Verhandlungen im Komitee wurden aber in scharfem judenfeindlichen Tone geführt. Die christlichen Abgeordneten verharrten auf der Forderung, daß die Juden ihre Ehrenämter und Titel niederlegen sollten, weil sie gemäß ihrer Kahaleinrichtung „jeder bürgerlichen Ehrenhaftigkeit" ermangelten. Es wurde ferner verlangt, daß die Juden ihren Töchtern und Frauen verbieten sollten, sich in Samt und Seide zu

---

[6]) Brief Morosovs vom 30. Mai 1881 an Ignatev, Kr. Arch. Bd. XIV—1926, S. 258—259.

[7]) Zum Pogrom in Perejaslavl: Mat. Nr. 3, S. 187—208; Nr. 204—205, S. 143—153; Nr. 209, S. 155—156.

[8]) Mat. Nr. 178, S. 132—133, Instruktion Ignatevs.

kleiden, da diese prunkvolle Aufmachung von jedem Christen „vom Holzhacker bis zum Fürsten hinauf" als eine Verschwendung auf Kosten des unglücklichen russischen Volkes angesehen werde. Endlich wurde die sofortige Schließung der jüdischen Schankwirtschaften, das Verbot für die Juden, Produkte aufzukaufen, Land zu pachten und die unverzügliche Ausweisung der zugezogenen jüdischen Familien beantragt[9]). Diese Beschlüsse des Komitees, die nicht zur Ausführung gelangten, verursachten schon am 11. Juli die Wiederholung der Unruhen in Perejaslawl, die von der Polizei unverzüglich unterdrückt wurden.

Durch falsche Handlungsweise der Behörden entstand auch in Borispol ein Pogrom, der in besonders häßliche Formen ausartete und auch unter den Christen Opfer zur Folge hatte. „Männer, Frauen und Kinder tranken Wodka aus der hohlen Hand, tobten, fielen übereinander und stellten ein fürchterliches Bild dar"[10]), schilderten Augenzeugen den Pogrom.

Da die Zentralbehörden für diese Ausschreitungen von der ausländischen Presse verantwortlich gemacht wurden, sandte Fürst Svjatopolk-Mirskij in den Perejaslavler Kreis sechs Infanterie-Regimenter und 200 Kosaken und befahl gegen die erneuten Plünderungen energisch vorzugehen[11]). Ungeachtet dessen brach am 20. Juli in Nežin, Gouvernement Černigov, ein sehr ernster Pogrom aus, der neun Tote zu verzeichnen hatte. Nachdem im August das Gouvernement Černigov von kleineren Pogromen — Borsna, Itčna — heimgesucht wurde, hörten die Ausschreitungen bis zum Frühjahr 1882 auf. Wiederholt wurden aber in abgelegenen Gegenden jüdische Familien von unbekannten Tätern ermordet, im westlichen Teile des jüdischen Ansiedlungsrayons fanden häufige Brandstiftungen statt. Der sogenannte „rote Hahn krähte" und rief Feuersbrünste in Mohilev, Vitebsk, Slonim und Pinsk hervor; im Spätherbst 1881 wurde die Stadt Minsk völlig niedergebrannt. Diese Begleiterscheinungen waren ohne Zweifel auf die noch fortdauernde Pogromstimmung zurückzuführen.

Um die Weihnachtszeit brach in Varschau ein ganz unerwarteter Pogrom aus[12]). Am 25. Dezember wurde während des Gottesdienstes in einer katholischen Kirche von Dieben eine Panik

---

[9]) Mat. Nr. 41 „Protokolle der Komiteesitzungen" Nr. 42 u. 43, S. 325—348. Mat. Nr. 187, S. 135.

[10]) Zum Pogrom vom Borispol Mat. Nr. 3, S. 195—202; Nr. 205, S. 151.

[11]) Mat. Nr. 199, S. 140. Bezeichnend ist, daß in diesem und auch an anderen Pogromen von 1881, die Geistlichkeit sich der Juden annahm, während sie im Jahre 1905 zu den Pogromen aufhetzte. Durch Verfügung des Heiligen Synods wurden im April 1882 an 32 Priester und Kultusbeamte wegen „besonderer Verdienste" bei der Unterdrückung antijüdischer Exzesse von 1881 Auszeichnungen erteilt. Rasw. Nr. 25.

[12]) Zum Pogrom von Varschau: Januar 1882; Rasv. Januar 1882. Aufsatz von Grünbaum „Die Pogrome in Polen" im Judenpogrome in Russland, 1909—1910, S. 134—187.

verursacht, bei der 50 Personen erdrückt und Unzählige verstümmelt wurden. Auf die Kunde hin, daß die Juden die Urheber der Panik wären, stürzte die Menge auf die Nalewki-Straße — das jüdische Zentrum Varschaus — los und plünderte es drei Tage.

Von diesem Pogrom, an dem außer dem Pöbel auch Angehörige der bürgerlichen Gesellschaft teilnahmen, waren 1928 jüdische Familen betroffen, der Schaden belief sich auf 701 131 Rubel.

Die polnische Presse versuchte den Eindruck des Geschehenen abzuschwächen, da sie früher die Unmöglichkeit des Auftretens von Pogromen in Polen beteuert hatte. Viele verurteilten aber auch streng die Vorgänge und in Warschau allein hatte man 2302 Personen zur Verantwortlichkeit gezogen, während es im Südwesten bloß 2359 waren.

Die Osterzeit 1882 brachte kleinere Ausschreitungen gegen die Juden in Bessarabien, Cherson und Černigov. Ende März brach ein folgenschwerer Pogrom in Balta-Podolien aus. Unter Anführung von 13- bis 15jährigen Knaben begannen die schon vorher angekündigten Unruhen; vom 29. März bis zum 1. April wurden alle jüdischen Häuser von Balta zerstört, die Frauen geschändet und fünf Juden erdrosselt. Durch Plünderung von Juwelenläden und Raub von Geld und Kostbarkeiten belief sich der Schaden auf eine bis dahin noch nirgends erreichte Summe.

Da an Stelle des Innenministers Ignatev im Mai 1882 Graf Tolstoj trat, der den Pogromen ein rasches Ende bereitete, wurden die Plünderer von Balta einem außerordentlichen Gerich übergeben. Die Rechtsanwälte Kopernik und Urussow vertraten die jüdischen Kläger, und es gelang ihnen, die angeklagten Bauern des Mordes zu überführen. Zwei Bauern wurden zur Todesstrafe verurteilt — die später auf Bitte der Juden von Balta durch lebenslängliche Zuchthausstrafe ersetzt wurde — die anderen nach Sibirien verbannt[13]).

In diesen Prozeßverhandlungen kam es besonders deutlich zum Ausdruck, daß die ortsansässigen Bauern zu den Ausschreitungen gegen die Juden lediglich verleitet worden waren. Schon im Prozeß von Kiev ging es hervor, daß die Pogrome ihre hauptsächlichen Träger in den Kreisen der „bosonogaja komanda" fanden, denn im Pogrom von Elisavetgrad waren die meisten Plünderer aus den großrussischen Gouvernements zugezogene Bauern und Arbeiterscharen, im Pogrom von Kiev stellten fast nur diese Elemente die Plünderer dar[14]). Die innere Einstellung der Bauern Südrußlands zu den Pogromen läßt sich durch die erhobenen Proteste

---

[13]) Zum Pogrom von Balta, Russ. Ev. Nr. 15, S. 88—89, „Reden über die Prozessverhandlungen", Kiev 1908 russ. S. 2—24.

[14]) Unter den 607 festgenommenen Plünderern im Pogrom von Elisavetgrad, worunter 177 Bauern, 181 Bürger und 130 Soldaten sich befanden, waren bloß 72 Bauern ortansässige; die anderen aus den Gouverne-

der einzelnen Bauerngemeinden gegen die Plünderer erkennen; sie erklärten sich mit den Ausschreitungen der „schlechten Elemente unter ihnen" nicht solidarisch und forderten Bestrafung ihrer Nachbarn und Mitbürger. Auch die Charkover Eisenbahnarbeiter gaben Erklärungen ab, in denen sie Gerüchte über ihre Anteilnahme an den Pogromen widerlegten und jegliche Billigung der Vorgänge als „beschämend und erniedrigend" bezeichneten[15]).

Die Bauern von Borsna schrieben den Ausbruch des Pogroms bei ihnen der Aufstachelung fremder Leute zu: „denn unser einer könne so was gar nicht ausdenken"[16]). Von einem Augenzeugen war schon zu Beginn der Pogromperiode darauf hingewiesen worden, daß die Unruhen infolge einer systematischen Aufstachelung der Bauern durch „dunkle Elemente" hervorgerufen wurden, in den Prozeßverhandlungen maß man aber dieser Provokation aus bürgerlichen Schichten keine Bedeutung zu. Man versuchte die Fälle der Provokation durch Beamte (zumeist Volost'-sekretäre, auch Soldaten und Geistliche) mit Dummheit zu entschuldigen. Ebenso wurde das passive Verhalten der Polizeibeamten und ihre gelegentliche Anteilnahme an den Pogromen durch das niedrige Niveau der Polizei entschuldigt[17]).

Da die Spuren der Rädelsführer und die der Provokation der Beamten von den Behörden völlig verwischt wurden, ist es unmöglich, einen direkten Zusammenhang zwischen einzelnen Urhebern der Pogrome zu rekonstruieren. Jedoch läßt der gleiche Charakter der Pogrome, die überall durch dieselben typischen Gerüchte vorbereitet wurden, auf eine, allen Urhebern der Pogrome gemeinsame, wohlbedachte Absicht schließen. Die Ausbrüche der vielen Pogrome können nur dann völlig verständlich werden, wenn man all die einzelnen Fälle der Provokation, das Auftauchen der „stoličnye gosti" (Großstadtgäste) und der „temnye ličnosti" (dunklen Elemente), mit der Tätigkeit der „patriotischen" Presse und mit den anonymen in verschiedenen Orten aufgetauchten Proklamationen und Aufrufen zu Judenplünderungen, in Zusammenhang bringt.

Es hat, das kann man fast sicher aussprechen, damals keine die Pogrome vorbereitende Organisation gegeben, wogegen solch eine Organisation in der Pogromperiode von 1903—05 nachweisbar vorhanden ist; immerhin standen die einzelnen Provokateure ohne Zweifel im gewissen Einvernehmen miteinander und wurden von den Intentionen mancher Schichten der russischen Gesellschaft geleitet.

---

ments Kaluga, Zula, Pensa, Kiev, Podolien, Černigov, Rjazan' zugezogen. Vgl. Mat. S. 537.

[15]) Mat. Nr. 26—27, S. 296—297.

[16]) V. V. Nr. 5, S. 105, 1882; Mat. Nr. 99, S. 41.

[17]) Mat. Nr. 94, S. 48 und S. 433—434.

Tabelle I[1])

Ort der Pogrome:	Zeit	Tote	Annäh. Summen der Geldverluste	Zahl der Pogrome
1. Gouvernement Cherson:	15.—28. Ap.			52
a) Elisavetgrad	15. April	1	1 938 209	
b) Elisavetgrader Kreis (17 Dörfer und Städtchen)	17.—28. Ap.		22 000	
c) Alexandrovsker Kreis (13 Dörfer, eine Eisenbahnstation)	16.—18. Ap.		20 903	
d) Ananever Kreis . . .	17.—28. Ap.			
Ananev (Stadt) . . .	26.—27. Ap.			
Beriosovka, Golta . .	26. April		450 000	
e) Kreis Tiraspol . . .	25. April			
f) Kreis Odessa . . .			17 190	
(Odessa Stadt) . . .	3.—7. Mai	2		
Zusammen 52 Orte		3	2 517 074 (zirka)	
2. Bessarabien (Kišenev) . .	20. April			
3. Gouvernement Kiev:	26. April bis 4. Mai			63
a) Kiev, Demievka . . .	26. April			
b) Kreis Kiev	27. April			
c) Kreis Vasilkov . . .	28. April		13 012	
d) Kreis Čerkass-Smela .	3.—4. Mai		150 000	
12 Siedlungen			(200 000)	
4. Gouvernement Podolien:				5
a) Žmerinka	27.—28. Ap.		44 000	
b) Balta	30.—31. Ap. 1882		(95 000)	
5. Volynien:			20 000	5
Voločisk, 5 Dörfer . . .	28. April			
6. Ekaterinoslav, Gouv.:	1.—6. Mai		450 323	38
a) Alexandrovsk	1. Mai			
b) Losovaja				
c) Kreis Alexandrovsk u. die Kolonien	3.—6. Mai			
7. Gouvernement Poltava:	30. Juni bis Mitte Juli			22
a) Perejaslavl und Kreis .			157 510	
b)Borispol	12. Juli	4		
c) Kreis Borispol, 19 Siedl.	12.—15. Juli			
d) Lubna	27. Juli			
8. Taurien, Gouv.:	4.—6. Mai			16
a) Volost Orechovka . .	4.—5. Mai			
b) Kreis Berdjansk . . .	6. Mai		96 000	
9. Černigov, Gouv.:	28. April bis 20. Juli		150 000	23
a) Konotop und Kreis . .	28. April			
b) Nežin, Magerka . . .	20.—21. Juli	9		
c) Ična	16. August			
d) Borsna	5.—6. Aug.			
Zusammen:		16		224

[1]) Zusammengestellt nach Angaben der amtlichen Pogromberichte.

Tabelle II[2])

Ort:	Allg. Bevölker.-Zahl	Juden und ihr %	% der Juden in den
1. Chersoner Gouvernement	1 479 303	140 162 — 9,5 %	Städten — 30,4 %
a) Elisavetgrad	43 299	13 000 — 30,0 %	Flecken — 17,3 %
b) Elisavetgrader Kreis (+ a)	377 120 291 952	38 385 — 10,3 % 10 567 — 33,6 %	Siedlg. — 3,4 %
c) Alexandrover Kreis	165 130	16 613 — 10,1 %	
d) Ananever Kreis			
Stadt Ananev	15 210	7 650 — 50,3 %	
e) Tiraspoler Kreis	139 254	14 462 — 10,4 %	
f) Odessaer Kreis	349 876	78 516 — 3,6 %	
(+ Odessa)	209 130	73 389 — 35,1 %	
2. Bessarabien	11 385 743	167 827 — 12,1 %	Städten — 33,5 %
Kišenev	114 000	46 249 — 40,6 %	Flecken — 38,0 %
			Siedlg. — 3,7 %
3. Kiever Gouvernement	2 332 421	339 557 — 14,6 %	Städten — 37,9 %
a) Kiev	162 800	18 200 — 11,2 %	Flecken — 34,1 %
b) Kiever Kreis (+)	378 811	38 717 — 10,2 %	Siedlg. — 3,3 %
c) Vasilkover Kreis	232 216	31 536 — 13,6 %	
d) Čerkasser Kreis	213 670	18,201 — 8,5 %	
4. Gouvernement Podolien	2 239 514	418 858 — 18,7 %	Städten — 62,1 %
a) Balta	23 762	18 538 — 78,0 %	Flecken — 72,9 %
b) Baltaer Kreis + Balta	255 127	67 122 — 26,3 %	Siedlg. — 3,9 %
c) Baltaer Kreis			
5. Taurien	858 545	21 197 — 2,5 %	Städten — 28,9 %
a) Berdjansk	18 053	1 725 — 9,6 %	Flecken — 7,7 %
b) Berdjansker Kreis	222 734	5 671 — 2,5 %	Siedlg. — 1,3 %
6. Ekaterinoslaver Gouv.	1 459 066	47 304 — 3,2 %	Städten — 16,4 %
a) Alexandrovsk	55 041	884 — 17,5 %	Flecken — 5,0 %
b) Alexandrovsker Kreis (+ a)	162 289	6 200 — 3,8 %	Siedlg. — 1,6 %
c) Mariupoler Kreis	171 745	6 468 — 3,8 %	
d) Siedlungen u. Kolonien	158 985	4 777 — 3,0 %	
7. Poltawaer Gouvernement	2 399 400	884 041 — 3,5 %	Städten — 25,5 %
a) Perejaslavler Kreis (+)	183 071	7 015 — 3,8 %	Flecken — 3,4 %
			Siedlg. — 1,0 %
b) Kreis Lubna	9 318	2 328 — 24,9 %	
8. Černigover Gouvernement	1 896 450	83 117 — 4,4 %	Städten — 24,0 %
a) Konotoper Kreis	131 096	4 569 — 3,5 %	Flecken — 11,1 %
b) Nježin	30 490	10 102 — 33,1 %	Siedlg. — 2,2 %
c) Borsnar	11 722	912 — 7,8 %	
d) Borsnaer Kreis	126 021	2 920 — 2,3 %	

[2]) Aus dieser Tabelle ist zu ersehen, daß die jüdische Bevölkerung im Ansiedlungsrayon hauptsächlich in den Städten zusammengeschlossen war. Auf dem Lande dagegen war der Prozentsatz der Juden sehr gering. Die Tabelle ist geordnet nach dem Statistischen Jahrbuch des russischen Reiches. Untertitel: Die jüdische Bevölkerung und die Landwirtschaft in den südwestlichen Gouvernements des europäischen Russlands russ. Bearbeitet von Alenicyn 1884.

3. Kapitel:

Die endgültigen Ergebnisse der amtlichen Pogromuntersuchung und der Erlaß der s. g. „ignatevschen provisorischen Reglements" vom 3. Mai 1882.

A. Die amtliche Pogromuntersuchung.

1. Die Beteiligung der revolutionären Partei an den Pogromen der 80er Jahre.

Den Abschluß der Pogromperiode von 1881—82 bildet der Erlaß der s. g. „provisorischen Reglements" von 1882, der die offizielle Stellung der russischen Regierung zur Judenfrage für die zukünftigen Jahre festlegte. Diese Reglements sind als Resultat der Untersuchungen der amtlichen Stellen zu werten. Denn am 12 Mai 1881 wurde auf Anraten Ignatevs der Generalmajor Graf Kutaisov beauftragt, Untersuchungen über die Ursachen der Pogromausbrüche, wie auch über die Bedeutung dieser Erscheinung an Ort und Stelle einzuleiten. Im Bericht Ignatevs an das Polizeidepartement über die Sendung Kutaisovs sprach der Innenminister den Verdacht aus, daß die Revolutionäre die Pogrome heraufbeschworen hätten, um im Volke Unruhe zu stiften[1]). Diese Meinung war beim Ausbruch der Pogrome in den offiziellen Kreisen durchweg vertreten, denn auch der Zar hielt einer jüdischen Deputation entgegen, daß die Pogrome das Werk der Anarchisten seien[2]). Kutaisov sollte deshalb erstens die Anteilnahme der Revolutionäre an den Pogromen erforschen, die sonstigen Ursachen, die die Pogrome ermöglicht hatten, ergründen, und zweitens das nötige Material über die Entstehung der feindlichen Beziehungen zwischen Juden und Christen sammeln. Die feste Überzeugung Ignatevs, daß die Pogrome infolge der Agitation der revolutionären Partei ausgebrochen waren, beruhte auf einigen Erscheinungen, die diesen Verdacht zu rechtfertigen schienen.

Besonders verdächtig erschien eine am 28. April in einer Kiever Geheimtypographie beschlagnahmte Proklamation, die das Volk zur Erhebung gegen die Ausbeuter und gegen die besitzenden Klassen aufrief[3]). Man glaubte von nun an, daß die Partei der Anarchisten die Pogrome als Mittel zum Zweck benutze, um wäh-

---

[1]) Mat. Nr. 112 u. 113, S. 46—47.

[2]) Kr. Arch. Ntzb. „Der Widerhall bei den Moskauer Industriellen auf die antijüdischen Unruhen" Bd. 45, S. 258.

[3]) „Brüder Arbeiter", hieß in dieser Proklamation, „haut nicht den Juden, weil er Jude ist. .. .haut ihn aber, weil er das Blut des Arbeiters aussaugt. Eine Sünde ist es, einenArbeiter, sei er auch ein Tatare, zu hauen. Haut deshalb jeden Kulak-Erpresser, haut die Regierung, die diese Räuber in Schutz nimmt". Mat. Nr. 10, S. 225; Nr. 48, S. 348; Nr. 205, S. 153.

rend der Unruhen einen regierungsfeindlichen Aufstand zu organisieren. Den Verfügungen gemäß verfolgte Kutaisov die Tätigkeit der Revolutionäre und kam zu der Überzeugung, daß die Vermutung Kutaisovs falsch sei. Er wies auch darauf hin, daß die beschlagnahmte Proklamation keinen Einfluß auf den Ausbruch der Pogrome gehabt haben konnte, weil sie doch zum Kampfe der reichen Juden aufrief, die Plünderungen dagegen ausschließlich an den ärmsten Schichten der Bevölkerung vorgenommen worden waren[4]).

Wie verhielt es sich in der Tat mit der Beteiligung der Revolutionäre an den Pogromen von 1881?

Die „Narodovolzy" — Revolutionäre der 80er Jahre —, die ohne Unterschied von Konfession und Abstammung alle Unterdrückten als ihre Genossen betrachteten, waren weit davon entfernt, die Bauern gegen die Juden aufzustacheln und Pogrome vorzubereiten[5]); sie waren aber geneigt, aus jeder Volkserregung für sich Nutzen zu ziehen.

So kann der Verdacht Kutaisovs, daß die Pogrome von den Revolutionären gelegentlich als Mittel zum Zweck benutzt werden konnten, nicht aber von ihnen hervorgerufen wurden, bestätigt werden. Dieser Widerspruch in den Parolen der Narodovolzi, die einerseits den nationalen Haß verwarfen, andererseits ihn aber für ihre Zwecke ausnutzen wollten, kann nur durch folgendes geklärt werden: Die Revolutionäre der 80er Jahre vertraten die Meinung, daß die Pogrome als eine echte Volkserregung gegen die jüdische Bourgeoisie zu werten seien und infolge dieser Grundeinstellung zur jüdischen Frage hatten sie im Verlauf der Pogrome nicht gegen sie protestiert, sondern mittels der Unruhen die „Anpassung der Massen" zu Volksaufständen schlechthin geprüft[6]). Die Pogrome waren aber keineswegs von ihnen angestiftet oder organisiert worden; ihre Tätigkeit ist folglich nicht als Ursache, nur als eine Begleiterscheinung der Pogrome zu deuten.

---

[4]) Kutaisov am 9. August an Ignatev, Mat. Nr. 69, S. 145 u. Nr. 67, S. 384—386.

[5]) Die Meinungen über die Erscheinung der Pogrome gingen jedoch auch in der revolutionären Partei auseinander: es herrschte ein Widerspruch in Bezug auf die Methoden der Arbeit. Am 30. Aug. hatte das Executivkomitee der Partei ohne Zustimmung der Mitglieder eine Proklamation gegen die Juden, zugleich aber auch gegen die Regierung erlassen; dies erregte Widerwillen bei vielen Parteimitgliedern, die sogleich versuchten, diese Proklamation nach Möglichkeit zu vernichten. Vgl. „Literatur der sozial-revolutionären Partei des Volkswillens" russ. S. 509, 386 u. S. 291, 1905.

[6]) Die Revolutionäre von 1905 verurteilten dagegen aufs schärfste die Pogrome, weil sie nicht mehr an der alten Auffassung festhielten, daß die Pogrome ein Ausbruch des Volkszornes gegen die Juden seien.

2. Die Ausbeutung der Christen durch die Juden als eigentliche Ursache der Ausbrüche der Pogrome und der Erlaß der Reglements zur Beseitigung dieser Ausbeutung.

Nachdem Kutaisov seine Untersuchungen auf andere Bahnen gelenkt hatte, sah er die tiefere Ursache für den Ausbruch der Pogrome in der wirtschaftlichen Tätigkeit der Juden begründet[7]). Die Juden hätten dank der religiösen Abgesondertheit und dank ihrem nationalen Charakter, — der durch „Feigheit und Würdelosigkeit" gekennzeichnet ist — wie auch durch die Ausbeutung der Stammesbevölkerung, sich überall verhaßt gemacht. In der Hauptsache wirkte sich dies auf dem flachen Lande aus: der jüdische Schankwirt, Wucherer und Pächter exploitiere den naiven Bauern, betrüge und hintergehe auch den Gutsbesitzer. Die Pogrome seien folglich der spontane Ausbruch des Volkszornes gegen die Ausbeutung der Christen durch die Juden[8]). Es gelte daher den schädlichen Einfluß der Juden, insbesondere auf dem flachen Lande, zu schwächen, und sie von der bäuerlichen Bevölkerung fernzuhalten, denn die Versuche, die Juden zur Landwirtschaft heranzuziehen, wären infolge ihrer Nichteignung zur produktiven und physischen Arbeit und infolge der erblichen Veranlagung der Juden zum Handel, völlig mißglückt gewesen.

Die jüdische Bevölkerung, beunruhigt durch Gerüchte über die für sie ungünstig ausgefallene Untersuchung Kutaisovs, überreichte an Kutaisov Denkschriften, in denen sie die Gründe für den Ausbruch der Pogrome darlegte und dadurch die Absichten der Regierung, die Rechte der Juden einzuschränken, zu hemmen versuchte. Die Verfasser der jüdischen Denkschriften wiesen darauf hin, daß durch die unnormalen Verhältnisse ein Kampf zwischen Juden und Christen entstanden sei; denn den Juden bleibe der Zugang zu vielen Berufen vorenthalten und sie müssen sich daher notgedrungen dem Handel widmen. Die Argumente, die sie zur Widerlegung der Vorwürfe über die Ausbeutung der Christen durch die Juden, waren: Die Pogrome könnten nicht als Abwehr der bäuerlichen Bevölkerung gegen die jüdische Ausbeutung angesehen werden, weil sie von einer Bevölkerung, die in keine Berührung mit den Juden Südrußlands gekommen war, vollzogen wurden, zweitens, weil nicht die reichen Schichten der Juden — die von den Bauern vielleicht als Ausbeuter angesehen werden könnten

---

[7]) Kutaisov stellte auch fest, daß die militärischen und zivilen Behörden, anstatt gemeinsam die Pogrome zu unterdrücken, getrennt vorgegangen waren. Auch die agitatorische Tätigkeit der Presse bezeichnete er als Anlaß zu den Pogromen, aber das blieb natürlich der Kenntnis der Öffentlichkeit vorenthalten. Mat. Nr. 13, S. 275—279; Nr. 51, S. 370—371, Nr. 68, 69, 73.

[8]) Vgl. dazu Mat. Nr. 24, S. 148 und Nr. 50, S. 361, Berichte der Gouverneure Šostaks und Bilbassovs, die Kutaisovs Meinung unterstützen.

—, sondern lediglich die armen und wehrlosen Schichten der Juden geplündert worden waren[9]) (vgl. S. 75). Die Hauptschuld wurde der Provokation von außen, der Agitation der Presse und den unnormalen Lebensbedingungen der Juden in Rußland zugewiesen. Sie forderten daher die Gleichstellung der Rechte der Juden mit den anderen Bürgern des Landes.

Kutaisov beharrte aber auf seiner Meinung, daß der Ausnahmezustand der jüdischen Bevölkerung eben infolge des schädlichen Einflusses der Juden entstanden wäre, und hielt an seinem endgültigen Urteil fest, daß eine systematische, ununterbrochene Ausbeutung der Christen durch die Juden die Pogrome hervorgerufen habe.

B. Der Erlaß der Reglements vom 3. Mai 1882.

1. Vorschläge zur Regelung der jüdischen Frage; die Ortskommission, ihr Charakter und ihre Beschlüsse.

Die Ergebnisse der Untersuchungen Kutaisovs galten nunmehr als Richtlinien bei der Regelung der jüdischen Frage: man befahl den Ispravniks durch geheime Zirkulare, den einfältigen Bauern vor dem gerissenen Juden zu schützen und freiwillige Vergleiche zwischen Juden und Christen zu verbieten (nach den Pogromen erklärten sich die Bauern an vielen Orten bereit das geplünderte Eigentum der Juden zu ersetzen), weil die Juden aus solchen Vergleichen nur Nutzen für sich ziehen würden[1]). Sowohl Kutaisov, wie auch der Odessaer Gouverneur Dondukov-Korsakov rieten Maßnahmen gegen die schädliche Tätigkeit der Juden zu ergreifen. Praktische Vorschläge zur Regelung der jüdischen Frage brachte der Generalgouverneur Svjatopolk-Mirskij vor; er hob hervor, daß die Juden schädliche Bürger im Lande seien: sie umgehen die Gesetze, drücken sich vor der Militärpflicht, betreiben beim Landkauf und beim Abschluß von Pachten Wuchergeschäfte, verleiten das Volk zum Trunk und besitzen schließlich eine „geheime Kraft", die Ordnung des Staates zu untergraben[2]). Er schlug daher vor, Kommissionen einzuberufen, die in kürzester Zeit alle Gesetze bezüglich der Juden prüfen und Maßnahmen gegen die Ausbeutung der Christen durch die Juden treffen sollten. Gleichzeitig liefen Forderungen der Zemstvos und der Gesellschaft ein, den Juden die Eröffnung von Schankwirtschaften ihnen das Recht der Ansiedlung in den Dörfern und Flecken zu

---

[9]) Denkschriften der Juden: Mat. Nr. 11, 34. Nr. 33.

[1]) Mat. Nr. 81, 84, 85, 86, S. 458—462.

[2]) Sviatopolk Mirskij glaubt auch an die mystische Kraft des Kahals und spricht ausführlich über sie in seiner Denkschrift Mat. Nr. 217, S. 164—169.

verbieten, die Zahl ihrer Abgeordneten in der Verwaltung zu verringern und ihnen zu untersagen, Land zu pachten (Elisavetgrader Zemstvo). Die Zeitungen „Rus", „Novoje Vremja", forderten schließlich eine Emanzipation der Christen vom jüdischen Joch[3]).

Auf Grund dieser Forderungen erließ die Regierung am 22. August 1881 einen Ukas, wonach — unter dem Hinweis auf die unnormalen Beziehungen zwischen Juden und Christen — in den Gouvernements mit einer beträchtlichen jüdischen Bevölkerung Sonderkommissionen zur Regelung der jüdischen Frage einzuberufen wären. Am 25. August aber erging ein geheimer Runderlaß Ignatevs an die Gouverneure, der die eigentliche Absichten der Regierung, die durch die Gründung dieser Kommission erzielt werden sollten, enthüllten. Die Juden wurden in diesem Erlasse beschuldigt, den Boden, alle Zweige der Industrie und Handels an sich gerissen, die Bevölkerung ausgebeutet zu haben; weiterhin wurden die Absonderung und der religiöse Fanatismus der jüdischen Bevölkerung als Ursachen des Hasses der Christen gegen die Juden bezeichnet[4]). Unter dem Vorsitz der Gouverneure und der Vertreter der Stände und Ortsgemeinden, unter denen bloß zwei jüdische Abgeordnete waren, sollten die 16 eingesetzten Ortskommissionen sich versammeln und folgende Fragen beantworten:

1. Welche von den Juden betriebene Geschäfte besonders schädlichen Einfluß auf das Leben der Stammesbevölkerung haben?

2. Auf welche Schwierigkeiten seitens der Juden stößt man, wenn man die gesetzlichen Beschränkungen über Ankauf und Pacht von Ländereien, über Handel mit Spirituosen in Kraft zu setzen beabsichtigt?

3. Welche Gesetzesänderungen wären erforderlich, um die Umgehung der Gesetze seitens der Juden zu verhindern und ihren verderblichen Geschäften Einhalt zu tun?

4. In welchem Verhältnis steht die Anzahl der jüdischen Bevölkerung zur christlichen, wie hoch ist die Zahl der jüdischen Schankwirtschaften, wieviel Land befindet sich im Besitz der Juden und wie groß ist die Zahl der jüdischen Landbesitzer?

Unter Beteiligung von Vertretern der Stadt- und Landbevölkerung, Bürgermeistern, Obmännern der Kaufmannschaft und des Kleinbürgertums, und Vorstehern der Dorfgemeinden, tagten

---

[3]) Mat. Nr. 88 u. 89, Denkschrift des Vizegouverneurs Paščenko.
[4]) Mat. Nr. 93, 95, 96, S. 510—516; Ev. St. Bd. I—1909 „Antijüdische Bewegung in Russland" S. 99, russ.

16 Ortksommissionen[5]) im September und Oktober 1881. Die Zahl der Abgeordneten — außer der der jüdischen Vertreter, die auf zwei beschränkt blieb — war durch das Zirkular von Ignatev nicht festgelegt worden, und die Gouverneure konnten nach eigenem Ermessen die Zahl festzetzen und Experten bestimmen; so kam es dazu, daß manche Kommissionen aus 10, manche aus 30, 40 und 60 Abeordneten bestanden.

Die Vertreter der jüdischen Bevölkerung beachtete man garnicht; Materialien und Vorarbeiten der Kommissionen wurden ihnen vorenthalten, Protokolle der Sitzungen ohne ihre Unterschrift eingereicht. Man schloß die jüdischen Vertreter sogar im Laufe der Verhandlungen aus bestimmten Kommissionssitzungen aus, damit Fragen von „brennendster Wichtigkeit", deren Behandlung durch die Anwesenheit der Juden behindert würde, erörtert werden könnten. Dagegen war die Zahl der Bauernvertreter nach der Zahl der Gouvernementskreise bestimmt, um, wie es offiziell hieß, den Bauern die Sorge der Regierung für die Wahrnehmung ihrer Interessen zu zeigen; bezeichnend ist, daß die Regierung hier als Vertreterin der bürgerlichen Interessen auftritt, während sie zur gleichen Zeit darauf bedacht ist, die Rechte der Bauern nicht zu erweitern. Die Bauern ihrerseits wußten häufig nicht, wozu man sie berufen hatte und ließen sich von Artikeln der „Rus" und „Novoje Vremja", die man ihnen vorlas, beeinflussen indem sie in ihre Beschlüsse von dieser Presse angefertigte, judenfeindliche Pogrome aufnahmen.[6]) Auch die anderen Vertreter der Stände nahmen eine eindeutig judenfeindliche Stellung ein und forderten, daß die Autonomie der jüdischen Gemeinden aufgehoben, die Verwaltung des innerjüdischen Lebens der Aufsicht der Regierung unterstellt, das Recht der Ansiedlung und die Gewerbefreiheit in Stadt und Land für sie beschränkt würde; manche Kommissionen verlangten sogar die Zahl der Synagogen zu verringern, die Aufführung jüdischer Theaterstücke zu untersagen, und auch den Juden zu verbieten, russische Namen zu tragen. Ein als Experte zugezogener Professor der Philologie sprach den Juden jegliche menschliche Eingenschaften ab.

Ohne die Ergebnisse der statistischen Arbeiten der Polizeibehörden abzuwarten[7]), schritten die Kommissionen zur Ab-

---

[5]) Es tagten Kommissionen in: Bessarabien, Charkov, Černigov, Ekaterinoslav, Minsk, Mohilev, Kiev, Poltava, Taurien, Vilna, Vitebsk, Volynien und in den anderen Städten mit beträchtlicher jüdischer Bevölkerung: Charkov, Odessa und Nikolaev. Vgl. Berichte Mandelstamms, Vertreter der Juden in der Ortskommission im Gouv. Kiev. „Die Ignatevsche Kommission in Kiev im Jahre 1881" russ. Per. Bd. IV, S. 46—64.

[6]) Mat. Nr. 105—106, S. 510—20; Mandelstamm, op. zit. S. 102.

[7]) Die Polizeibehörden arbeiteten sehr unzuverlässig und vergrößerten in ihren Statistiken die Zahl der jüdischen Schankwirtschaften. Vgl. Mandelstamm, op. zit. S. 105.

stimmung über die Einschränkung des jüdischen Ansiedlungsrechtes, und einige traten für die Juden ein: 5 Kommissionen (Bessarabien, Cherson, Ekaterinoslav, Poltava und Vilna) schlugen die Aufhebung des Rayons und Einführung des unbeschränkten Wohnrechts für die Juden vor, 6 enthielten sich jeglicher Äußerung zu dieser Frage und nur die Kommission von Vitebsk verlangte als einzige, daß die bestehenden Gesetze in Kraft bleiben sollten.[8]) Bloß drei Kommissionen — Černigov, Mohilev und Volynien — sprachen sich ferner für die Einschränkung des Ansiedlungsrechtes der Juden in den Dörfern und Flecken aus; acht forderten das Verbot der jüdischen Schankwirtschaften auf dem flachen Lande, sechs die Einschränkung des Handels. Als Endergebnis wurden jedoch die Vorschläge der Minderheit angenommen und die Notwendigkeit der Einschränkung des Ansiedlungsrechtes der Juden in Flecken und Dörfern aufgestellt.

Am 19. Oktober 1881 wurde auf allerhöchsten Befehl ein Komitee eingesetzt, das an Hand der Kommissionsbeschlüsse Vorschläge zu neuen Gesetzen vorzulegen hatte.[9]) Und schon im Frühling 1882 schritt der Innenminister Ignatev zum Erlaß der neuen Gesetze für die Juden Rußlands. Unterdessen verstärkte sich die schon ohnehin gegen die Juden gerichtete Stimmung in den bürgerlichen Kreisen, noch mehr zu ungunsten der jüdischen Bevölkerung; die Kreise der „wahrhaft russischen Leute" appellierten durch Briefe und Aufrufe an den Patriotismus Ignatevs und munterten ihn im Kampf gegen die Juden auf.[10]) So kam es zu dem Erlaß der neuen Einschräkungen.

2. Der Erlaß der „provisorischen Reglements" vom 3. Mai 1882 und die Ernennung des Grafen Tolstoj zum Innenminister.

Als zeitweilige Maßnahmen und bis zur „allgemeinen Revision" der Gesetze, setzte der Ministerrat, unter Ausschaltung des Staatsrates, am 3. Mai 1882 die s. g. „Ignatevschen provisorischen Reglements" in Kraft. „Zur Beschützung des jüdischen

---

[8]) Charakteristisch ist für die Art der Diskussion folgender Vorfall: Es wurde unter den Bedenken gegen die Erweiterung des jüdischen Rayons die Befürchtung ausgesprochen, Bismarck werde, sobald die Rechte der russischen Juden erweitert würden, in Rußland die preußischen Juden ansiedeln, denn er habe auf dem Berliner Kongreß aus diesen egoistischen Motiven die Gleichberechtigung für die Juden Rußlands gefordert. Als die Vertreter der Juden an Hand von Belegen der Kommission klarmachten, daß es nicht um Bismarck, sondern um Frankreich und England handele, die auf dem Berliner Kongreß für die rumänischen, nicht für die russischen Juden Rechte verlangten, wirkte diese Berichtigung auf die Anwesenden verblüffend. Auf solch einer Stufe bewegten sich die Diskussionen in den Ortskommissionen. Mandelstamm, op. zit. S. 60.

[9]) Mat. Nr. 122, S. 527—28.

[10]) Appell an Ignatev. Mat. Nr. 103, S. 517—18.

Eigentums vor Raub und Willkür und zur Entspannung der Beziehungen zwischen Juden und der Stammbevölkerung wurde angeordnet:

1. Den Juden zu untersagen, sich außerhalb der Städte und Flecken des Ansiedlungsrayons neu anzusiedeln (unter Ausnahme der jüdischen Landwirtschaftskolonien).

2. Zu verbieten, auf Namen von Juden lautende Käufe und Pachtverträge abzuschließen, soweit dies sich auf außerhalb von Städten und Flecken des Ansiedlungsrayons gelegene Immobilien beziehen.

3. Den Juden zu untersagen, an Sonntagen und hohen christlichen Feiertagen ihre Geschäfte zu öffnen und Handel zu treiben[11]).

Um dem negativen Eindruck dieser Einschränkungen zu begegnen, verkündete man am selben Tage — 3. Mai — den Beschluß des Ministerrats, daß alle Gewalttaten gegen Leben und Besitz der Juden in Zukunft ohne Nachsicht verfolgt wären. Auch ein Senatsukas an die Gouverneure vom 10. Mai befahl der Gouvernementsobrigkeit, rechtzeitig antijüdische Unruhen zu unterdrücken. All dies konnte jedoch den Eindruck, den der Erlaß der Reglements im In- und Auslande hinterließ, nicht dämpfen, und schon am 5. Mai gaben fünf der bedeutendsten christlichen Firmen eine Erklärung über „die schädlichen Folgen der neuen Gesetze für den Handel" ab[12]). Die „Petersburger Zeitung" meinte hingegen, daß dies Gesetz, infolge seiner provisorischen Bedeutung, als milde Maßnahme gewertet werden kann.

Die „provisorischen Reglements" vom 3. Mai, die als vorläufige Maßnahme gedacht waren, bürgerten sich indessen für mehr als ein Vierteljahrhundert in Rußland ein. Nach einem wieder gestrichenen Passus des Gesetzentwurfes sollten die Bauerngemeinden sogar bevollmächtigt werden, die in den Dörfern schon angesiedelten Juden unverzüglich auszuweisen; aber auch der endgültige Paragraph schmälerte das bis dahin zulässige Siedlungsgebiet beinah auf 90% und pferchte die jüdische Bevölkerung in die schon ohnehin übervölkerten Städte zusammen.[13]) Vor allem war der Begriff „Flecken"-mestečko nicht festgelegt und wurde bald als Dorf, bald als Stadt bezeichnet. Diese vage Formulierung der einzelnen Verbote gab die jüdische Bevölkerung der Willkür

---

[11]) Myš. „Leitfaden zu den russischen Gesetzen über die Juden", russ., inoffizielle Ausgabe, 1914. § 85, S. 118 und Anmerk. 12.

[12]) Erklärung der Moskauer Kaufleute: V. V. Nr. 20, S. 54 u. 53.

[13]) Nach der Durchführung der Reglements vom 3. Mai lebten 50,5% der Juden in Städten. Während sie 4,15% der Gesamtbevölkerung Rußlands ausmachten, bildeten sie 15,6% der städtischen Bevölkerung. Vgl. A. Ruppin: „Die sozialen Verhältnisse der Juden in Rußland", 1906, S. 128.

der Polizeibehörden preis, die nach eigenem Ermessen Ansiedlungsverbote aussprachen[14]).

Die Reglements, nach ihrem Autor die „Ignatevschen" benannt, waren im Grunde nichts anderes als das Resutat der amtlichen Untersuchungen des Grafen Kutaisov und müssen daher in enge Verbindung mit seinem Namen gebracht werden. Die Schuld an dem Zustandekommen der neuen Gesetze wurde im Auslande jedoch lediglich dem Innenminister Ignatev zugeschrieben. Unerwartet für die Öffentlichkeit trat im Mai 1882 die Abberufung Ignatevs ein. Ausschlaggebend für die Entlassung Ignatevs aber war das slavophile Projekt des Zemskij Sobor, (das neben der Selbstherrschaft des Zaren die Selbstbestimmung des russischen Volkes anerkannte), das Ignatev zusammen mit den Moskauer Slawophilen ins Leben zu rufen beabsichtigte. Da dies Projekt Ignatevs das selbstherrliche Zarentum bedrohte, wurde er von seinem ehemaligen Schützling Pobedonoscev gestürzt.

Wenn auch entscheidend für den Rücktritt Ignatevs der von ihm aufgeworfene Soborplan war, so kann man vielleicht die Vermutung aufstellen, daß bei der so unerwartet gekommenen Verabschiedung auch die Proteste des Auslandes gegen die Judenpogrome gewirkt hatten.

Der neue Innenminister Graf Dimitrij Andreevič T o l s t o j — der ehemalige Bildungsminister und Prokurator des Heiligen Synods — war im Gegensatz zu Ignatev fest entschlossen, den Pogromen ein Ende zu bereiten. Am 9. Juni erließ er ein Zirkular an die Gouverneure und drohte jedes Versehen und jede Fahrlässigkeit bei der Unterdrückung der Pogrome gerichtlich zu belangen und mit dem Verlust der Stellung zu bestrafen.

Dieses energische Zirkular flößte den Juden Hoffnungen ein, daß die Ministerschaft Tolstojs eine Wendung zum Besseren in der jüdischen Lage bringen werde. Es kam aber bald die Enttäuschung; denn wenn die Pogrome mit der Ernennung Tolstois zum Innenminister aufgehört hatten, so folgten doch den Reglements eine Reihe einzelner Gesetze, die die Rechte der Juden Rußlands noch mehr schmälerten.[15])

---

[14]) Meščerskij, op. zit. Teil 3, S. 100—101.

[15]) Die Ministerzeit des Grafen Tolstoj brachte die Schließung der jüdischen Handwerkerschule in Žitomir (1884), Einschränkung des Ansiedlungsrechtes auch für die privilegierten Klassen, Erschwerung des Militärdienstes, Festsetzung der Prozentnorm an den Hochschulen — innerhalb des Rayons auf 10 %, außerhalb auf 5 % — (1886. Vgl. Linden, op. zit., Kapitel „Der permanente Pogrom gegen die russischen Juden". S. 97—134.

IV. Kapitel:

Die Folgen der Pogrome. (Auszug)

1. Die Emigration der Juden nach Amerika und die Stellung der russischen Regierung, wie auch der jüdischen Öffentlichkeit zu dieser Erscheinung.

Die Pogrome riefen die wirtschaftliche Zerrüttung der jüdischen Massen vornehmlich im Südwesten Rußlands, hervor. Außer großen Geldverlusten[1]) trat eine Stockung im Handel ein, die ein Schwanken des Geldkurses nach sich zog. Die Einstellung der Zahlungen und die Lahmlegung des Handels waren nicht nur wirtschaftlich, sondern auch psychologisch bedingt; denn angesichts der sich wiederholenden Pogrome bemächtigte sich der wehrlosen Massen eine regelrechte Panik. Auf bloße Gerüchte hin, daß die „Alliance israélite universelle",[2]) die Auswanderung der Juden aus Rußland unterstütze, strömten die Betroffenen — in der Hauptsache Handwerker, Kleinkrämer, Händler und Arbeiter — in die galizische Grenzstadt Brody, wo sich im Laufe des Sommers 1881 Hunderte von jüdischen Familien ansammelten. Mit Hilfe der jüdischen Gemeinden von Paris, Wien, London und Berlin gelang es der Alliance von Ende August 1881 bis Mitte Dezember desselben Jahres 9 Züge Auswanderer — ein Zug je 200 Köpfe — nach Amerika zu transportieren. Da den Emigranten schon im Hafen von New-York große Schwierigkeiten erwachsen waren, gründete man ein Komitee, das „Hebrew Immigrant Aid-Society" — nach ihren Initialen „Hias" genannt — das Arbeitsmöglichkeiten den neuen Einwanderern zu verschaffen half. In New-Orleans und Louisiana wurden landwirtschaftliche Kolonien gegründet, und es nach schweren Entbehrungen gelang es den Auswanderern aus Rußland, sich in Amerika eine Existenz zu verschaffen.[3])

Im Frühjahr 1882, nachdem noch elf Züge russischer Juden nach Amerika exportiert wurden, stellte die Alliance aus Geldmangel die Weiterbeförderung der Emigranten ein. Insgesamt waren es 17 497 Juden, die im Fiskaljahr 1881—1882 (das amerikanische Fiskaljahr läuft vom 1. Juli des vorangehenden bis zum

---

[1]) Vgl. Tabelle I, wo die von mir nach amtlichen Quellen geordnete Aufzeichnung der Geldverluste, auch noch nicht als endgültig festgesetzte Summen zu werten sind, weil die amtlichen Untersuchungen und Statistiken große Lücken aufweisen.

[2]) Alliance israélite universelle, im Jahre 1860 in Paris gegründet. Ihr Hauptziel war die Verteidigung der Ehre des jüdischen Namens gegen jeden Angriff. Im Jahre 1869 organisierte sie eine Hilfsaktion für die russischen Juden bei einer Hungersnot, im Jahre 1881 übernahm sie die Organisation der Auswanderung der russischen Juden nach Amerika.

[3]) Ruppin, op. zit. S. 12.

30. Juni des folgenden Jahres) Rußland verließen.[4]) Mittlerweile waren aber die Versuche, eine großzügige Emigration der Juden Rußlands zu organisieren, an der Einstellung der russischen Juden gescheitert.

Die russische Regierung zeigte keine prinzipiellen Bedenken gegen die Auswanderung der Juden aus Rußland; es sollten aber nur diejenigen Juden auswandern dürfen, die ihre Militärpflicht erledigt, die Steuern bezahlt hatten und keinen der Fürsorge der Gemeinden überließen[5]). In einer Unterredung des Innenministers Ignatev mit Dr. Oršanskij, äußerte jener, daß die Westgrenze den Juden offenstehe;[6]) dieser Ausspruch ließ den plötzlich auftretenden unverhüllten Wunsch der Regierung erkennen, die Auswanderung der Juden aus Rußland zu fördern.

Am meisten betroffen und niedergedrückt von den Intentionen der Regierung fühlten sich die assimilierten Schichten der jüdischen Bevölkerung, die sich mit Rußland verwachsen glaubten und den Gedanken, Rußland verlassen zu müssen, als besonders kränkend empfanden. Angeregt durch diese Schichten wurde am 8. April, unter dem unmittelbaren Eindruck des Pogroms von Balta durch Baron Ginzburg die Notabeln-Konferenz der jüdischen Gemeinden in Petersburg eröffnet. Diese Konferenz sollte in der Hauptsache erörtern, was die Ursachen der jüdischen Auswanderung aus Rußland seien, und durch welche Maßnahmen man sie abschwächen könne.[7]) Die überwiegende Mehrheit der 34 Delegierten sprach sich gegen die Auswanderung der Juden aus Rußland aus, „weil eine Emigration im Widerspruch zu den patriotischen Gefühlen stehe, die die Juden für ihr russisches Vaterland hegen." Nur eine kleine Minderheit nahm Stellung für die Auswanderung ein. Die Konferenz schloß mit den Resolutionen, den Gedanken der Emigration abzulehnen und die Regierung um Mittel zur Entschädigung der während der Pogrome zu Schaden gekommenen jüdischen Bevölkerung anzugehen.[8]) Diese Beschlüsse der No-

[4]) V. V. Nr. 6, 1882. S. 18. Zur Emigration und Brody: Leo Goldstein: „Die Juden in Brody", 1912; Dr. K. Fronberg: „Die jiddische Auswanderung", jiddisch, 1917.

In der Zeit von 1880—1905 wanderten aus Rußland insgesamt 1 123 000 Juden — mehr als ein Fünftel der russischen Judenschaft — aus, davon 880 633 nach Amerika; einen rapiden Aufschwung weist die Zahl der Auswanderer immer nach unglücklichen Ereignissen — Pogromen und ähnl. auf. Vgl. Ruppin, Tabelle IV.

[5]) Mat. Nr. 112 u. 113, S. 552.

[6]) Rasv. Nr. 4, 1882, S. 96; Mat. Nr. 4, 1882, S. 73; V. V. Nr. 33, S. 901.

[7]) Berichte über die Sitzungen der Notablen-Konferenz: V. V. 1882, Nr. 33, 31.

[8]) V. V. Nr. 34, S. 925—931.

tabeln-Konferenz erweckten Unzufriedenheit bei der jüdischen Gesellschaft, denn man hatte von der Konferenz erwartet, daß sie einen einheitlichen Protest gegen die Pogrome erheben und die sofortige Unterdrückung der Unruhen fordern werde.

Die Ablehnung des Auswanderungsgedankens seitens der Gemeinden war auch einer der Gründe, der das Scheitern dieses Unternehmens verursachte. Schon im Herbst 1882 hörte die unorganisierte Massenauswanderung aus Rußland auf — angesichts der zurückkehrenden Flüchtlinge warnte Graf Tolstoj die Juden vor der Auswanderung[9]) — und erst im Laufe der Zeit kam sie in das Geleise einer normalen Entwicklung.

2. Der Umschwung in der Ideologie der russischen Juden und das Entstehen der zionistischen Bewegung.[10])

Unter dem Eindruck der Pogrome und Verfolgungen brach im Jahre 1881 eine neue Epoche im geistigen Leben des russischen Judentums an. Diese innere Krise war in der Hauptsache durch den plötzlichen Umschwung in der Lage der Juden bedingt. Denn in der Reformzeit Alexanders II. setzte eine bewußte Assimilation der Juden ein, die auf das Ziel einer völligen Verschmelzung mit dem russischen Volke lossteuerte. Für diese Menschen bedeuteten die Pogrome, wie gesagt, einen schweren Schlag; ihre während Jahrzehnten gehegten Hoffnungen wurden durch die Pogrome und durch das dabei wieder zutage getretene kühle Verhalten der Intelligenz unerwartet zunichte. Die fehlgeschlagenen Hoffnungen riefen aber das Gefühl der Einigkeit des jüdischen Volkes hervor, und es tauchte der Gedanke der Rettung des Judentums durch die Wiedergeburt der alten jüdischen Heimat auf. Im Jahre 1882 erschien in Berlin in deutscher Sprache eine anonyme Broschüre unter dem Titel „Autoemanzipation", die von einem Odessaer Arzt, Pinsker, verfaßt, die theoretische Grundlage für die neue Ideologie wurde. Pinsker ging von der Verwerfung der Diaspora aus und sah die Lösung der jüdischen Frage in der Wiedererstehung eines jüdischen nationalen Staates. Die Schaffung eines national-politischen Zentrums kann nach Pinsker nur durch das jüdische Volk selbst erfolgen (durch eine „Autoemanzipation"[11]).

Pinsker gehörte anfangs zu den s. g. „Territorialisten", die irgendein Territorium ausfindig machen wollten, das sich für die

---

[9]) Zirkular Tolstojs Rssw. Nr. 28, S. 1066—67. 1882.

[10]) Das Entstehen der zionistischen Bewegung ist hier bloß des Zusammenhanges wegen in kurzen Zügen geschildert worden, das Problem nicht im entferntesten erschöpft.

[11]) „Autoemanzipation", Berlin 1882, „Mahnruf eines russischen Juden an seine Stammesgenossen".

Ansiedlung der Juden am besten eignete; erst später wurde er Anhänger der Palästina-Kolonisation.

Unabhängig von Pinsker gewann derselbe Gedanke in Rußland praktische Bedeutung; Gruppen Jugendlicher, aus Gymnasiasten und Studenten bestehend, gründeten Zirkel und propagierten den Palästina-Gedanken. Im Frühling 1882 wurde in Charkov der Zirkel „Bilu", nach den Initialen „Beth Jaakov lechu wenelcha" — „Haus Jakobs, wir wollen aufbrechen" —, gegründet, der sich die Einrichtung von landwirtschaftlichen Kolonien in Palästina zum Ziele setzte. Unterstützt von manchen Kreisen der jüdischen Öffentlichkeit, begaben sich die „Chowewe Zion" — „Zionsfreunde" — nach Palästina. Ein Teil von ihnen landete in Konstantinopel, um persönliche Verhandlungen mit dem Sultan zu führen. Zur Hilfe kam ihnen der Engländer Laurence Oliphant, der mit dem Sultan über die Kolonisation Palästinas verhandelte. Die Spannungen zwischen der Türkei und der englischen Regierung machten aber die Hoffnungen der „Biluim" zunichte. Im Herbst 1882 verließ daher diese Gruppe der Pioniere Konstantinopel, um sich in Palästina mit der ersten Gruppe der Biluim zu vereinigen.[12]) Sie stießen aber in Palästina auf große Schwierigkeiten und mußten zur Erkenntnis gelangen, daß der Jahrhunderte brachgelegene Boden erst durch ungeheure Anstrengungen fruchtbar gemacht werden könne. Erst nach vielen Entbehrungen gelang es ihnen, die ersten Schritte zur Verwirklichung ihres Gedankens zu tun.

---

[12]) Vgl. „Schriften zur Geschichte der Chibat-Zion" (alias zionistischen) Bewegung, hebräisch, 1919, Bd. I.

Quellen und Literatur.

A. Quellen.

1. Mat. „Materialy dlia istorii antievreiskich pogromov v Rosii." (Materialien zur Geschichte der antijüdischen Pogrome in Rußland.) Band 2 „Vosmidesiatye gody (die achtziger Jahre), vom 16. April bis zum 29. Februar 1882". Redegiert und eingeleitet von G. J. Krassnyj-Admoni. Staatsverlag, Petersburg-Moskau, 1923.

Mat. Nr. 1—81 Seite 1—35 Abschnitt 1: „Donesenija vlastej o pogromach" Berichte der Behörden über die Pogrome), vom April—September 1881.
A. Iz dela departamenta poliziji po 2 deloproizvodstvu. O besporiadkach v nekotorych gorodach Juga Rosii, proizvedenych narodnymi tolpami, s razgrableniem imuščestva evreev. Nr. 681. Čast' 1. Načato 19. aprelia 1881 goda. Končeno 6. maja 1881 goda." (Aus den Akten des Polizeidepartements, zweite Geschäftsführung. Über die in einigen Städten Südrußlands durch die Volksmassen vollbrachten Unruhen und Plünderung des jüdischen Eigentums. Nr. 681. Begonnen am 19. April, vollendet am 6. Mai 1881.)

Mat. Nr. 82 154 Seite 35—38 B. Aus demselben Ressort, Teil 2. Begonnen am 7. Mai, vollendet am 24. Mai 1881.

Mat. Nr. 154 229 Seite 8—182 C. Aus demselben Ressort, Teil 3. Begonnen am 1. Juni, vollendet am 28. September 1881.
Abschnitt 2: „Dokladnye zapiski grafa Kutaisova" (Denkschriften des Grafen Kutaisov).

Mat. Nr. 1 12 Seite 183—528 A. „Iz dela Departamenta Polizii po vioromu deloproizvodstvu „O komandirovanije po vysočaišemu poveleniju grafa P. I. Kutaisova v Samarskuju i Saratovskuju guberniju 1881 goda Nr. 679, čast' 2." (Über die auf allerhöchsten Befehl geschehene Kommandierung des Grafen Kutaisov in die Gouvernements Samara und Saratov im Jahre 1881, Nr. 679, Teil 2)[1].

Stat. Statističeskij vremennik rossiskoj imperiji. Evreiskoje naselenije i zemlevladenie v jugozapadnych gubernijach Evropeiskoj Rosii vehodjaščich v čertu evreiskoj ossedlosti. Izdanie zentral'nogo statističeskogo komiteta ministerstva vnutrennych del; obrabotano Alenicynym. Vypusk 2. Serija 3. (Statistisches Jahrbuch des russischen Reiches. Die jüdische Bevölkerung und der Landbesitz in den südwestlichen Gouvernements des Europäischen Rußlands, die im jüdischen Ansiedlungsrayon liegen. Ausgabe des zentralen statistischen Komitees beim Innenministerium. Zweite Ausgabe, dritte Serie. Bearbeitet von Alenycyn.) Petersburg 1884.

---

[1]) Generalmajor Graf P. I. Kutaisov war ursprünglich in die Gouvernements Samara und Saratov als Spezialgesandter zur Erforschung der Lage kommandiert. Auf Veranlassung des Innenministers wurde er aber in die von den Pogromen heimgesuchten Gegenden entsandt, um deren Ursachen zu untersuchen. Aus diesem Grunde sind die Denkschriften und die Berichte Kutaisovs über die Pogrome noch in die alte Rubrik „Über die Sendung Kutaisovs in die Gouvernements Samara und Saratov" eingereiht. Mat. Nr. 111—112, S. 46—47.

I oder II oder III Gszsml.	Pervoje (vtoroje i tretje) polnoe sobranije zakonov Rossiskoj imperii. (Erste bzw. zweite und dritte vollständige Gesetzessammlung des Kaiserreiches Rußland. Bände und Jahrgänge im Text angegeben.
	Zeitschriften (mit Abkürzungen).
Bůd.	Naučno-literaturnyj sbornik „Budusc-„Buduščnosti", priloženie k eženedel 'nomu izdaniju (Wissenschaftlich-literarisches Sammelwerk der „Zukunft", Beilage zur wöchentlichen Ausgabe). Redigiert von Dr. S. O. Grusenberg, Bd. 1. Petersburg, 1900.
Ev. Bibl.	Evreiskaja Biblioteka (Jüdische Bibliothek); Bd. III, 1883; Bd. X, 1903.
Ev. Let.	Evreiskaja Letopis[1] (Jüdische Annalen), hrsggb. in Petersburg-Moskau. Sbornik 1—3 im Jahre 1923/24. Sbornik 4 im Jahre 1926.
Ev. St.	Evreiskaja Starina, trechmesjacnik evreiskogo istoriko etnografičeskogo obščestva (Jüdische Vergangenheit; Dreimonats-Ausgabe der jüdischen historisch-etnographischen Gesellschaft), hrsgb. von S. M. Dubnov. Bd. 3—7, Jahre 1910—1914; Band X, 1918 (Sbornik statej za 1917—1918 god — Sammlung von Aufsätzen für das Jahr 1917/18; Bd. XII, 1928. In Petersburg-Leningrad.
Ev. Enz.	Evreiskaja Enziklopedija (Jüdische Enzyklopädie), redigiert von Dr. Kacenelenson. Hersggb. von der Gesellschaft für jüdisch-wissenschaftliche Veröffentlichungen. Petersburg. Bände und Jahrgänge im Text angegeben.
Ham.	Ha' Meliz, Eženedel'noe političeskoe, literaturnoe izdanie na drevne evreiskom jasyke (Der Führsprecher, Wochenblatt für Politik und Literatur in hebräischer Sprache), hrsggb. von Zederbaum und Dr. Goldenblum. Petersburg 1882.
Kr. Arch.	Krassnyj Archiv, istoričeskij žurnal; izdanie zentral'nogo archiva R. S. F. S. R., gosudarstvennoe izdatel'stvo („Das rote Archiv", historisches Journal; Ausgabe des zentralen Archivs der R. S. F. S. R.; Staatsausgabe). Redigiert von V. V. Adoratskij, V. M. Frice, V. V. Maksimov, M. N. Pokrovskij; Moskau-Leningrad, Bd. VII, 1924; FBd. XIX, 1926; Bd. XX und XXI, 1927; Bd. LX, 1931.
Kr. Arch. Notzb.	Krassnyj Archiv, iz zapisnoj knižki archivista (Das rote Archiv, aus dem Notizbuch des Archivisten). In der Hauptsache Materialien aus dem Fond des Innenministeriums, Abteilung fürs Jahr 1881.
Per.	Perežitoe, Sbornik posviaščenyj obščestvennoj i kulturnoj istorii evreev v Rosii („Durchlebtes", Sbornik gewidmet der Gesellschafts- und Kulturgeschichte der Juden in Rußland). Bd. IV, 1913.
Rassv.	Rassvet, organ russkich evreev, eženedel'noe izdanie (Morgendämmerung, Organ der russischen Juden, Wochenausgabe), Petersburg, fürs Jahr 1889; 52 Hefte.
Inn. Pund.	Vnutreneje obozrenije Rassweta (Innere Rundschau der „Morgendämmerung").
Ausl. Chr.	Zagraničnaja chronika (Ausländische Chronik).
Russ. Ev.	Russkij Evrej, eženedel'noe izdanie („Der russische Jude", Wochenausgabe), hersggb. von Rabinovic und Berman, Petersburg, fürs Jahr 1882, 52 Hefte.

Vosch (Vos.) Vosschod, žurnal učenno-literaturnyj i političeskij („Sonnenaufgang", wissenschaftlich-literarisches und politisches Journal; auch „knižki Vosschoda" — die Bücher des Vosschod — genannt). Ežemesiacnik-Monatsausgabe. Petersburg, hrsggb. von A. Landau. Für die Jahre 1881, 1882, 1895, 1896.

V. V. Nedel'naja chronika Vosschoda (Wochenchronik des Vosschod), hrsggb. von Landau, 1882, 52 Hefte.

Bickermann: „Certa evreiskoj ossedlosti" (Der jüdische Ansiedlungsrayon), 1911.

Chwolson: „Upotrebliajut li evrei christianskuju krov'?" (Ob die Juden christliches Blut gebrauchen?), 1879.

Demidov San-Donato: „Evreiskij vopros v Rossii" (Die jüdische Frage in Rußland), Petersburg 1883.

Deržavin: „Polnoe sobranie trudov" (Gesamte Werke), Akademieausgabe. Band VII, 1872.

Delevskij: „Protokoly sionskich mudrecov" (Protokolle der Weisen von Zion), 1923.

Dubnov, Simon: „Evrei v Rossii v zarstvovanie Nikolaja II" (Die Juden in Rußland in der Regierungszeit Nikolaus II.), Petersburg 1922.

— „Weltgeschichte des jüdischen Volkes", übersetzt von Dr. Steinberg. Band IX und X, 1929 und 1930.

— „Iz istorii vosmidesjatych godov" (Aus der Geschichte der 80er Jahre), Einzelbroschüre und auch in „Ev. St.", 1915.

Die Juden in Russland: „Urkunden und Zeunisse russischer Behörden und Autoritäten", übersetzt von August Scholz. Berlin 1900.

Die Judenpogrome in Russland: Herausgegeben im Auftrage des zionistischen Hilfsfonds in London von der zur Erforschung der Pogrome eingesetzten Kommission. 2 Bände. Köln-Leipzig 1909—1910. (Band I: Allgemeiner Teil—1910; Band II: Einzelberichte der Kommissionen).

Die Londoner Rathausversammlung für die verfolgten russischen Juden unter dem Vorsitz des Lordmayors, „am 1. Februar 1882". Berlin 1882.

Die Judenverfolgungen in Russland. Zwei Berichte eines Timeskorrespondenten. (Artikel vom 11. und 13. Januar 1882). Berlin 1882.

Die sozialen Verhältnisse der Juden in Russland: Auf Grund des amtlichen statistischen Materials, bearbeitet von Arthur Ruppin. Berlin 1906. Veröffentlichungen von Bureaus für Statistik der Juden.

Die Verfolgungen der Juden in Russland, nebst Anhang. (1. Zusammenstellung sämtlicher die Juden Russlands betreffenden Spezial- und Ausnahmegesetze. 2. Das Guildhallmeeting zugunsten der russischen Juden). Berlin 1891.

Deutsch, Leo: „Die jiden in der russischen revoluzie" (Die Juden in der russischen Revolution), jiddisch. Aus dem russischen Manuscript von E. Korman, 1824.

Elk, Julius: „Die jüdischen Kolonien", 1886.

F. G.: „Otbyvanie evrejami voinskoj povinnosti" (Die Ableistung der Militärpflicht bei den Juden), Petersburg, 1903.

Fornberg, K. Dr.: „Die jidische oiswanderung" (Die jüdische Auswanderung), in jiddischer Sprache. Warschau, 1917.

Gessen, Julius und Tolstoj: „Fakti i mysli'" (Tatsachen und Gedanken). Untertitel: „Evreiskij vopros v rossii" (Die jüdische Frage in Russland), 1907.

— „Istorija evreiskogo naroda v rossii" (Geschichte des jüdischen Volkes in Russland). Bd. 1. Petersburg 1916.

Goldstein, L.: „Die Emigration und Brody". Frankfurt a. M. 1912.

Grusenberg, Osip: „Die Bedürfnisse der jüdischen Bevölkerung". 1898.

Janžul: „V poiskach lučšego buduščego" (Auf der Suche nach einer besseren Zukunft), im Buche „Pjanstvo kak social'nyj nedug" (Trunksucht als soziale Krankheit), 1893.

Ketabim letoldot chibat Zion vejschuv Erez-Israel: (Schriften zur Geschichte der zionistischen Bewegung (Chibat-Zion) und zur Geschichte der Bevölkerung Palästinas), bearbeitet von A. Drujanov, Odessa, 1919. Bd. I. In hebräischer Sprache.

„Literatura social'no-revolutionoj narodnoj voli" (Literatur des sozial-revolutinären Volkswillens). 1905.

Losina-Losinskij: „Sistematičeskij sbornik rjazasnenniji pravitel'stevennovo senata o čerte evreiskoj ossedlosti" (Systematische Sammlung der Erläuterungen des Regierenden Senats über den Ansiedlungsrayon der Juden), Petesburg 1902.

Ljutostanskij, Ippolit, — — — —: „Vopros ob upotrebleniji evrejami-sektatorami christianskoj krovi dlia religiosnych zelej v svjazi s voprosom ob otnošenijach evrejstva k christianstvu voobšče. (Frage über den Gebrauch von Christenblut für religiöse Zwecke durch jüdische Sektierer, im Zusammenhange mit der Frage von den Beziehungen des Judentums zum Christentum überhaupt). Moskau, 1876.

Meščerskij, V. P., Fürst: „Moi vospominanija" (Meine Erinnerungen), Teil 3 (1881—1894). Petersburg 1912.

Mys: „Rukovodstvo k russkim zakonam o evrejach" (Leitfaden zu den russischen Gesetzen über die Juden). Vierte Auflage, 1914.

Nikitin: „Evreiskija poselenija v severo i jugo-zapadnych gubernijach" (Die jüdischen Siedlungen in den nördlichen und südwestlichen Gouvernements), in den Jahren 1835—1893. Petersburg 1894.

Novikov, Fedor, von: „Das jüdische Russland". Enthüllungen und Aufklärungen über die russische Judenfrage. Berlin 1892.

Orsanskij, J.: „Evrei v rossii" (Die Juden in Russland). Očerki i izsledovanija (Untersuchungen und Skizzen). Erste Ausg. Petersb. 1872.

Pinkus: „Die ökonomische Lage der Juden in Russland". 1906.

(Pinsker, Leo): „Die Autoemanzipation". Berlin 1882, anonym erschienen.

„Pobedonoscev i ego korrespondenty" (Pobedonoscev und seine Korrespondenten) Ausgabe des Rumjancev-Archiv. I. Halbband, Moskau, 1923.

Pobedonoscev, K. P.: Der Staatsmann der Reaktion unter Alexander III. Von Friedrich Steinmann und Elias Hurwicz. Herausg. von Karl Stählin in „Quellen und Aufsätze zur russ. Geschichte" XI—1923.

„Protokoly sionskich mudrezov" (Protokolle der Weisen von Zion), Ausgabe des Fürsten Goršakov, Paris, 1927.

„Reči po pogromym delam" (Reden bei den Pogromprozessen), mit einem Vorwort von Lučinkij. Kiev 1908.

Saltykov-Ščedrin: „Nedokončennye besedy" (Nicht beendete Gespräche) Bd. VI.

„Sbornik materialov o ekonomičeskom položeniji evreev" (Sammlung von Materialien über die ökonomische Lage der Juden in Russland), 2 Bände, 1903—1904.

Sereševskij: „O knige kahala" (Über das Buch des Kahals). 1872.

Stern: „Die päpstlichen Bullen über die Blutbeschuldigungen" 1893.

Strack, Hermann: „Jüdische Geheimgesetze?", Berlin, 1925.

Subbbotin: „Evreiskij vopros v ego pravilnom oseščenii" (Die jüdische Frage in ihrer richtigen Beleuchtung), in Evreiskaja Biblioteka, 1903.

Thun, Alphons: „Geschichte der revolutionären Bewegung in Russland", Leipzig, 1883.

„Velikaja reforma" (Die große Reform) Ausgabe von Sytin, 1911.

Weber und Kempster: „La situation des juifs en Russie. Rapport adressé au gouvernement des Etats-Unis. (Die Situation der Juden in Russland. Rapport gerichtet an die Regierung der Vereinigten Staaten), 1891.

Lebenslauf

Ich bin als Tochter des Kaufmanns Wolf Goldberg und seiner Ehefrau Hene, geb. Berkmann, am 10. 9. 1911 in Minsk (Rußland) geboren. Beim Kriegsausbruch flüchteten wir nach Vitebsk, wo wir bis zum Jahre 1919 lebten. Im Jahre 1919 kehrten wir in die Heimat meiner Eltern, nach Litauen, zurück, wo ich vom Jahre 1920 bis 1928 das Kovnoer Hebräische Gymnasium besuchte und im Juni 1928 die Abiturprüfung bestand. Vom Herbst 1928 bis zum Sommer 1929 studierte ich an der Universität Vytolds des Großen zu Kaunas Jura und besuchte auch Vorlesungen der Geschichte und Literatur. Im Oktober 1929 immatrikulierte ich mich in die philosophische Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität, wo ich Vorlesungen und Übungen in Geschichte, Germanistik und Philosophie hörte. Zu gleicher Zeit war ich auch Höhrerin an der Lehranstalt für die Wissenschaft des Judentums.

Im November 1933 bestand ich nach achtsemestrigem Studium an der Berliner Universität die philosophische Doktorprüfung.

Zu besonderem Dank bin ich meinem akademischen Lehrer, Herrn Prof. Dr. Karl Stählin, verpflichtet, der mich während meiner Studienzeit und bei der Abfassung meiner Dissertation förderte und unterstützte.